

1/2014

Bilaterale

Hebelt die EU die duale Berufsbildung aus?
von Rudolf Strahm

S. 1

Einwanderungsinitiative und Bilaterale
von Paul Ruppen

S. 3

La politique européenne des verts; Frankreich; TTIP

Buchbesprechungen

S. 7

Retour aux sources
de Luzius Theiler

p. 11

Quand on place ses espoirs en de lointaines „élites“ plutôt que dans la démocratie
rédition

S. 13

Frankreich - auf dem Weg in die Zweite Liga
www.german-foreign-policy.com

S. 15

„Die Gewerkschaften werden fallen wie die Berliner Mauer“
von Gerald Oberansmayr

S. 17

Das geheim verhandelte Freihandelsabkommen TTIP gefährdet die Demokratie
von Roman Huber

S. 19

Kurzinfos

S. 20



edito

Nach dem Ja zur „Masseneinwanderungsinitiative“ gabe es in der Presse erneut Kritik an der direkten Demokratie. Andreas Auer, emeritierter Professor für öffentliches Recht der Universität Zürich, früheres Direktionsmitglied und Gründungsdirektor des *Zentrums für Demokratie* in Aarau, schreibt zum Beispiel, das Volk sei „eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie innewohnende Fiktion, denn die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, ist keine organische Gesamtheit und kann weder denken noch diskutieren, noch handeln.“ Die Äusserungen Auers sind auch gegen rein parlamentarische Systeme gerichtet, da auch dort „die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, keine organische Gesamtheit ist und weder denken

Forum für direkte Demokratie und EUROPA-MAGAZIN

Die direkte Demokratie gerät in der Schweiz zunehmend unter Druck. Ein eventueller EU-Beitritt droht, sie ihrer Substanz zu berauben. Wirtschafts-, Agrar-, Gesundheits- und Umweltpolitik würden bei einem EU-Beitritt den Entscheidungskompetenzen des Volkes weitgehend entzogen. Internationale Zusammenarbeit ist für die Lösung vieler Probleme unabdingbar. Kooperation über die Grenzen hinaus darf aber nicht als Vorwand missbraucht werden, die direkte Demokratie auszuhöhlen. Denn nur die direkte Demokratie kann eine minimale, inhaltliche Kontrolle der politischen Entscheidungsprozesse gewährleisten.

Die Wirtschafts- und Währungsunion will rohstoffverschleissendes, quantitatives Wachstum forcieren. Räumliche und wirtschaftliche Konzentrationsprozesse sollen der europäischen Wirtschaft vor den übrigen Wirtschaftsmächten einen Konkurrenzvorteil verschaffen. Unter friedens-, umwelt- und Entwicklungspolitischen Gesichtspunkten sind diese Schritte in die falsche Richtung: laut EU-Parlament besteht eines der Ziele einer gemeinsamen 'europäischen Verteidigungspolitik' darin, die Interessen der Union in allen ihren Aspekten zu schützen, "einschliesslich der Versorgungssicherheit in wesentlichen Punkten, wenn diplomatische Instrumente dazu nicht mehr ausreichen" (A4-0171/98 (14. Mai 98) Punkt 3).

Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten, die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an.

Ziel des Forums ist eine breite Information der Mitglieder über europapolitische Fragen. Dazu wird 2 Mal pro Jahr das

noch diskutieren, noch handeln kann“. Offenbar tritt Auer für die Diktatur einer einzelnen Person ein, denn auch Regierungen, Parteien oder Parlamente können nicht diskutieren oder denken – sondern nur deren Mitglieder. Auer konstatiert schliesslich ein Unvermögen des Volkes, für seine Entscheide Verantwortung zu übernehmen. Das ist schlicht Unsinn. In der direkten Demokratie kann man – im Gegensatz zu anderen System – Verantwortung nicht an Regierungen abschieben. Man muss die Folgen der eigenen Entscheidungen ohne Ausflüchte selber tragen – und genau das heisst doch „Verantwortung übernehmen“.

Paul Ruppen

EUROPA-MAGAZIN herausgegeben, das auch von Nicht-Mitgliedern abonniert werden kann. Das Forum organisiert Veranstaltungen und versucht, in den Kantonen Regionalgruppen aufzubauen und zu betreuen. Wenn Ihnen direktdemokratische Selbstbestimmung im Rahmen der Menschenrechte und dezentrale Strukturen in Europa am Herzen liegen, werden Sie Mitglied des Forums, engagieren Sie sich oder abonnieren Sie das Europa-Magazin.

Abo-Erneuerung

Den Spenderinnen, Abonnentinnen und Mitgliedern, die ihren Beitrag 2014 bereits bezahlt haben, möchten wir danken. Die übrigen möchten wir bitten, uns möglichst bald ihre jeweils freudig begrüssten Überweisungen zu machen. Wir arbeiten gratis. Jede Zahlung empfinden wir als kleine Anerkennung. Durch Werbung fürs EM würde unsere Arbeit fruchtbarer!

Folgende und weitere Nummern des **EUROPA-MAGAZINS** sind noch erhältlich. Bitte pro Bestellung Briefmarken für Fr. 4.- und einen adressierten und frankierten C5-Brief-Umschlag beilegen:

- EM 2/1996 Dossier «WWU»
- EM 1/1997 Dossier «Alternativen zur EU»
- EM 2/1997 Dossier «Echos de Suisse Romande»
- EM 3/1997 Dossier «Gleichstellungspolitik»
- EM 4/2000 Dossier «Europa der Regionen»
- EM 1/2003 EU-Verfassungsentwurf
- EM 1/2005 EU-Verfassung; Schengen/Dublin
- EM 2/2005 EU und Deregulierung
- EM 1/2006 Kleinstaaten in der EU
- EM 1/2011 EU-Diskussionen in EU-Ländern
- EM 2/2011 Euro-Krise
- EM 2/2012 Demokratieabbau durch EU

Alle Nummern seit 1999 sind auf unserer Home-Page – auch als pdf-Version – dauerhaft einsehbar.



Berufsbildung und Bilaterale

Hebelt die EU die duale Berufsbildung aus?

Beim deutschen Gewerbe ist Feuer im Dach. Es sieht seine qualitativ hochstehende duale Berufsbildung durch Brüssel bedroht. Die EU will einen nivellierten „Europäischen Berufsausweis“ schaffen und mit diesem für alle Angehörigen aller EU-Länder den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erzwingen.

Von Rudolf Strahm¹⁾

„Brüssel knöpft sich den Meisterbrief vor“, titelte die vom Deutschen Bundestag herausgegebene Wochenzeitung „Das Parlament“ in ihrer Ausgabe vom 7. April 2014. „Die duale Berufsbildung ist in Gefahr“, schreibt im Hamburger Abendblatt der ordoliberalen Wirtschaftsprofessor Lüder Gerken, der dem integrationsfreundlichen Centrum für Europäische Politik in Freiburg im Breisgau vorsteht. Deutsche Gewerbeverbände markieren Widerstand und Kritik gegen eine, wie sie befürchten, EU-Gleichmacherei von handwerklich-industriellen Berufen und eine Nivellierung nach unten.

Nivellierung der Berufsqualifikationen

Warum diese Alarmstimmung in der Berufsbildungsszene? – Das Europäische Parlament hatte auf Antrag der EU-Kommission mit der Richtlinie 2013/55/EU eine Verschärfung und Verstärkung der früheren Richtlinie 2005/36/EG „über die Anerkennung von Berufsqualifikationen“ sowie eine Konkretisierung des berufsbezogenen Binnenmarkt-Informationssystems (IMI-Verordnung) beschlossen. Mit dieser Angleichung der Berufsqualifikationen wollte die EU-Kommission das Heft in die Hand nehmen, nachdem sich der „Kopenhagen-Prozess“ ergebnislos totgelaufen hatte. In dieser Verhandlungsrounde, im Jahre 2002 in Kopenhagen gestartet, war versucht worden, für die Berufsbildung einen gemeinsamen europäischen Standard festzulegen, ähnlich wie er vorher im Bologna-Prozess für die Hochschulen durchgesetzt worden war. Die Schweiz war an diesen Verhandlungen durch das BBT mitbeteiligt. Doch „Kopenhagen“ wurde von Anfang an durch jene Länder beargwöhnt und blockiert, die wie Grossbritannien keine Berufslehre kennen.

Die erwähnte Richtlinie über die Berufsqualifikationen setzt bei der Personenfreizügigkeit an. Sie will den „Anerkennungsmechanismus der Berufe aufgrund der allgemeinen Regelung anwenden“, wie es heißt. Dazu dient einerseits die Überstülzung des europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) über die Bildungssysteme aller Länder. Und anderseits soll bei den reglementierten Berufen ein „System der automatischen Anerkennung“ eingeführt werden. Wenn ein Beruf in einem Drittel der EU-Länder in irgend einer Weise einer Anerkennung bedarf, gilt er als „reglementierter Beruf“ und soll der Vereinheitlichung Brüssels unterstellt werden.

Die EU will selber einen „Europäischen Berufsausweis“ schaffen, der von den Mitgliedstaaten ausgestellt werden

¹⁾ Kolumne von Rudolf Strahm in der Schweizerischen Gewerbezeitung SGZ vom 9. Mai 2014.

kann, dessen Niveau und Anforderungen aber von der Europäischen Kommission festgelegt werden. Die Ausstellung des Europäischen Berufsausweises soll auch per Internet erfolgen, und dieser wird dann den Arbeitsmarktzugang in allen EU-Staaten ermöglichen. Als Kriterium soll bloss ein „Berufspraktikum“ (nicht eine Berufslehre!) und eine Eignungsprüfung gelten. Soweit präsentiert sich sehr verkürzt der Mechanismus der 24-seitigen, eng bedruckten Änderungsrichtlinie.

Diese verschärzte Berufsanerkennungsrichtlinie ist im November 2013 erlassen worden und sie soll im Jahr 2020 (beginnend allerdings schon ab 2016) von allen Akteuren in der EU vollumfänglich umgesetzt werden. So weit ich die bisherige Publizistik und die Kritiken übersehen kann, gehen die Interpretationen dieses neuen Brüsseler Verwaltungsmonsters weit auseinander (und ich räume ein, dass viele Auswirkungen auch nicht abschätzbar sind).

Nationale Vorschriften aushebeln

Die Richtlinie hat ganz klar die Absicht und das Ziel, die Anerkennung der Berufe innerhalb des ganzen EU-Raums über die dynamische Weiterentwicklung der Personenfreizügigkeit zu erzwingen. Man will die berufliche Mobilität innerhalb Europas erleichtern, indem man die nationalen Zulassungsvorschriften für die reglementierten Berufe aushebt und einer einheitlichen Brüsseler Ordnung unterstellt.



Fahrlehrer, Lehrpersonen bis zu Sozialarbeiter auf der Liste. Diese Berufe sind wohl nicht vollzählig, aber potentiell der zukünftigen EU-Reglementierung unterworfen.

Deutsche Gewerbeberufe direkt bedroht

Es ist nicht erstaunlich, dass sich die Träger der Berufsbildung in den Ländern mit einem dualen Berufsbildungssystem als erste gegen diese Gleichmacherei zur Wehr setzen. Zwar könnte ein EU-Land wie Deutschland seine strengeren Berufsanforderungen weiter behalten, aber „naheliegend ist, dass sie (die EU-Kommission) die hohen deutschen Anforderungen in andern Ländern auf einem mittleren Niveau angelichen wird“, schreibt der erwähnte Prof. Gerken: „Zumindest die weniger begabten Auszubildenden in Deutschland werden die dann leichtere EU-Prüfung wählen. Es droht also ein Qualitätsverlust.“ In Deutschland ist für die selbständige Berufsausübung und Betriebsgründung in 41 Handwerksberufen ein „Meisterbrief“ notwendig – also eine Meisterprüfung nach deutschem Recht. Diese 41 Berufe decken 95 Prozent aller Ausbildungsverhältnisse im Gewerbe mit 400 000 Lehrlingen ab. Auch in Deutschland ist die KMU-Wirtschaft – wie in der Schweiz – die Hauptträgerin der dualen Berufslehre. Und auch in Deutschland befindet sich die Lehre in Bedrängnis der Akademisierung.

Können die EU-Länder mit hohem Berufsbildungsstandard diese Berufsnivellierung Brüssels umgehen? Dazu der Europaspezialist Gerken: „Zwar kann ein Mitgliedstaat der EU-Kommission mitteilen, dass er die EU-Ausbildungsverordnung nicht einführen will. Aber wenn er das tut, kann die Kommission entgegnen, dass das nicht mit dem EU-Recht vereinbar ist. Dann kann sie und wird sie auch, das hat sie schon angekündigt, die Angelegenheit vor den Europäischen Gerichtshof bringen. Der aber entscheidet im Zweifel prinzipiell zugunsten der EU. Er wird daher den Mitgliedstaat zwingen, das EU-System einzuführen.“

Schweizer Berufsbildungssystem mit betroffen

Die dynamische Weiterentwicklung des EU-Binnenmarktrechts über EuGH-Entscheide fordert Brüssel auch von der Schweiz. Sie würde zu einer Nivellierung des Berufsbildungsstandards nach unten führen, man müsste den Europäischen Berufsausweis in den reglementierten Berufen auch für Fachleute aus Ländern ohne Berufslehre und mit tieferem Qualifikationsstandard zulassen. Im neu fusionierten Staatssekretariat für Bildung und Wissenschaft SBFI hatten sich die Chefs nach Rückfrage noch überhaupt nicht um diese Entwicklung gekümmert; und der Jurist, der als Sachbearbeiter die Entwicklung verfolgt und im Gemischten Ausschuss Schweiz-EU mitwirkt, sieht keine Probleme für die rasche Übernahme der Richtlinie durch die Schweiz. Momentan besteht kein Handlungszwang für die Schweiz. Sollte die EU Forderungen stellen, wären sie nach heutigem Recht Diskussionsgegenstand im Gemischten Ausschuss Schweiz-EU.

Anders präsentiert sich die Situation jedoch, wenn die Schweiz im Rahmen der automatischen Übernahme des Binnenmarktrechts auch die Dynamisierung und Weiterentwicklung des Personenfreizügigkeitsrechts übernehmen

würde, wie sie vom schweizerischen Unterhändler, Staatssekretär Yves Rossier, zielfestig anvisiert wird: In diesem Falle würde der EuGH die Nivellierung von (reglementierten) Berufen auch in der Schweiz durchsetzen. Dann würde sich das wiederholen, was unsere Universitäten mit der Bologna-Reform heute erfahren, nämlich eine Gleichmacherei nach unten. Eine dynamische Übernahme dieses Teils des Acquis communautaire (und nur dieses Teils) und dessen Unterstellung unter die EuGH-Rechtssprechung kommt meines Erachtens nicht in Frage. Die Träger des Berufsbildungssystems tun gut daran, sich bald um diese Langfristentwicklungen zu kümmern und politisch einzuschalten. ■

Kurzinfos

SP Schweiz nach der Abstimmung vom 9. 2. 14

Nach der Abstimmung vom 9. Februar 14 überlegte sich die SP Schweiz, wie sie den Demokratie- und Sozialbau in der Schweiz mittels eines EU-Beitrittes forcieren könnte. An der Delegierten versammlung nach der Abstimmung wurden feurige Pädoys für einen möglichst baldigen Beitritt der Schweiz zur EU abgegeben. Lieber früher als später will die Zürcher Nationalrätin Jacqueline Fehr in die EU, wie sie den Delegierten erklärte. Der Bund, 31. März 2014, S. 13. Die SP-Fraktion verlangte übrigens nach der Abstimmung eine „Korrekturabstimmung“. Sie erweist sich damit als gelehrige Schülerin der EU, die bei Volks-Abstimmungen, die sich nicht vermeiden lassen, auch so lange abstimmen lässt, bis das Resultat passt.

Gauck warnt vor der direkten Demokratie

Anlässlich seines zweitägigen Staatsbesuch in die Schweiz meinte der Deutsche Bundespräsident Gauck nach Gesprächen mit dem Bundespräsidenten Didier Burkhalter, er sehe Nachteile in der direkten Demokratie. «Die direkte Demokratie kann Gefahren bergen, wenn die Bürger über hochkomplexe Themen abstimmen», sagte Gauck an der Medienkonferenz im Landgut Lohn in Kehrsatz. Er sei ein überzeugter Unterstützer der repräsentativen Demokratie, mit der Deutschland «sehr gut fährt».

Bundespräsident Burkhalter konterte, die direkte Demokratie sei ein Teil der Schweizer Kultur. Dazu gehöre, zu akzeptieren, wenn die Bevölkerung gegen die Empfehlung der Behörden stimme. Die Stimme jedes Einzelnen sei wichtig. «Ich kann nicht ganz verstehen, weshalb die EU wegen dem Volksentscheid Forschungsabkommen mit der Schweiz gestoppt hat», sagte Burkhalter, denn die Personenfreizügigkeit gelte zurzeit noch. Er forderte mehr Verständnis der EU für den Entscheid in der Schweiz. Burkhalter bekämpfte, die Schweiz wolle mit der EU weiter diskutieren – die EU müsse aber Verständnis aufbringen für den Schweizer Volksentscheid. Burkhalter sowie Gauck zeigten sich überzeugt, dass die Schweiz mit der EU eine Lösung finden werde. Der Bund, 2. April 2014. Das Zitat von Gauck ist ein beredete Zeugnis für die antidemokratische Einstellung der Deutschen Polit-„Eliten“.





Abstimmungen über Gesamtpakete sind nicht demokratisch.

Einwanderungsinitiative und Bilaterale

Nach dem Ja zur „Massen-Einwanderungsinitiative“ wusste die EU fürs schweizerische Publikum wirksam zu reagieren, von den einheimischen Blättern dankbar mit Amplitude und Echo versehen. Die SVP, mit der Randregionen-CVP zusammen getreue Vertreterin der Bauindustrie und für jede Verschandelung und Verbetonierung der Landschaft zu haben, putzte sich vor der Abstimmung auf einmal als Landschaftsschützerin und als Retterin vor „Dichtestress“ auf, während die „Aufgeklärten“ – Vertreter des Abschottungsprojektes „Schengen“ – nach der Abstimmung wieder selbstgerecht auf die dumpfen „Isolationisten“ eindreschen konnten.

Von Paul Ruppen

Sprachregelungen

Die Reaktionen Brüssels sind von gewissen Sprachregelungen geprägt, die, obwohl sie jeglicher Basis entbehren, willig von Politikern und Medien hierzulande reproduziert werden. Es wird behauptet, die Freizügigkeit sei ein Grundprinzip der EU und darum hätte diese sofort reagieren müssen. Ein Blick auf die Südgrenze der EU würde genügen, um diese Reden als puren Unsinn zu enttarnen. Dort gibt es jedes Jahr einige Hundert Tote bei der Mittelmeer-Überfahrt. Freizügigkeit sieht anders aus. Ist Freizügigkeit nur für Europa ein zentraler Grundsatz – die euronationale Version eines hehren Prinzips also? Im Assozierungsabkommen mit der Ukraine z.B. ist von Freizügigkeit nicht die Rede. Man spricht von Erleichterungen im Visa-Bereich (Artikel 20) und vom Wunsch einer schrittweisen Einführung des visumsfreien Grenzübergangs, sofern gewisse Bedingungen erfüllt sind¹⁾. Für europäische Drittländer wird das Prinzip der Personenfreizügigkeit also nicht hochgehalten. Da die Schweiz ein Drittland ist, das weder zum EWR noch zur EU gehört, kann sie vom Grundprinzip schwerlich betroffen sein.

Bemerkenswert an der Rede vom Grundprinzip ist zweierlei: wie unkritisch es von den Main-Stream-Medien und EU-philen Politikern in der Schweiz übernommen wird und wie einheitlich es von EU-philen Politikern aus EU-Ländern, die in der Schweiz interviewt werden, hergebetet wird. Unkritisch und einheitlich wiederholte Sprachregelungen sind ein typisches und untrügliches Zeichen für Machtverhältnisse.

Ahnliches gilt es bezüglich der wieder aufgewärmten „Rosinenpickerei“ der Schweiz zu sagen. Die EU versucht mit allen opportun erscheinenden Mitteln ihre Interessen durchzusetzen. Oder wie es die deutsche Kanzlerin Merkel, Madeleine Albright zitierend, in einer Rede 2004 umschrieb: „Die zentrale aussenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Merkel wendet das Zitat in der

¹⁾ s. http://www.eeas.europa.eu/ukraine/pdf/4_ua_title_iii_justice,_freedom,_security_en.pdf

²⁾ Angela Merkel (CDU), Rede auf der 40. Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Titel „Die Verteidigung unserer Interessen und unserer Sicherheit muss im 21. Jahrhundert weltweit erfolgen“.

Rede auf die EU-Aussen- und „Sicherheitspolitik“ an! Wobei die Interessen von Ländern die Interessen jener sind, die sich bezüglich der Aussenpolitik jeweils durchsetzen können. Die Schweiz unterscheidet sich diesbezüglich von der EU nur durch die bescheideneren Mittel, die ihr zur Verfügung stehen. Wer mächtiger ist, wird mehr Rosinen picken und er kann dem schwächeren noch „Rosinenpickerei“ vorhalten. Er kann darauf zählen, dass im abhängigen Gebiet die Vorwürfe ein untertäniges Echo findet – orchestriert von sonst kritischen Journalisten und (emeritierten) Politologieprofessoren³⁾

Vox-Analyse

Gemäss Vox-Analyse profitierte die Initiative von der aussergewöhnlich starken Mobilisierung der unteren Einkommens- und Bildungsschichten. Die starke Zustimmung der Arbeiter, Angestellten, Selbständigerwerbenden sowie der Landwirte und Arbeitslosen (letztere waren in der Stichprobe allerdings wenig zahlreich) spielte eine wichtige Rolle. Ähnliches gilt für die Personen, die ihre eigene wirtschaftliche Situation als „passabel“, „schlecht“ oder „sehr schlecht“ betrachten. Sie stimmten der Initiative grossmehrheitlich zu. Bemerkenswert ist, dass den drei Positionen

- „Wir müssen die Einwanderung wieder selbst steuern können“,
- „Die unkontrollierte Zuwanderung führt zu Lohndruck, Wohnungs- und Verkehrsproblemen“ und
- „Wenn die Kontrolle der Zuwanderung zu einer Kündigung der bilateralen Verträge mit der EU führt, müssen wir dieses Risiko eingehen“

von zwei Dritteln der Stimmenden unterstützt wurde, also auch von Gegnern der Initiative. Eine überwältigende Mehrheit der Befürworter und eine ziemlich grosse Minderheit der Gegner der Initiative pflichteten diesen Meinungen bei.⁴⁾

Wie wichtig die Wahrnehmung der mit „Dichtestress“ bezeichneten Probleme für den Ausgang der Abstimmung war, lässt sich nicht feststellen. Nach der Publikation der Ergebnisse der Vox-Analyse triumphierten manche EU-phile Medien, das Ja sei als Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit sowie Wunsch nach „Abschottung“ und nicht als Reflex auf Wachstum und dessen Effekte auf Bodenverbrauch, Wohnpreise, etc. zu betrachten. Auf Grund der Vox-Veröffentlichung ist allerdings

³⁾ s. z.B. Dieter Freiburghaus, „Die Schweiz rückt weiter in den Hintergrund“, Der Bund, Dienstag 27. Mai 2014, S. 3)

⁴⁾ <http://www.gfsbern.ch/de-ch/Detail/vox-114-4508>



nicht ersichtlich, ob entsprechende Fragen überhaupt gestellt wurden. Der Versuch, den Fragebogen der Vox-Analyse einzusehen, scheiterte – das gfs.bern fühlte sich nicht bemüht, den Fragebogen zuzuschicken. Dabei ist Statistik nur vertrauenswürdig, wenn sie bis auf anonymisierte Daten völlig transparent ist. Allgemein lässt sich sagen, dass es in der Schweiz wie in allen Ländern ein fremdenfeindliches Bevölkerungssegment gibt, das aber keineswegs 50% der Bevölkerung ausmacht. Um einen Mehrheit der Abstimmenden zu gewinnen, müssen weitere Bevölkerungsschichten hinzugewonnen werden. Offenbar spielten soziale Gründe (Befürchtungen bezüglich Verdrängung am Arbeitsplatz, latenter Lohndruck, steigenden Wohngespreisen, etc.) sowie Wahrnehmungen bezüglich „Dichte“ eine Rolle. Der Ausgang der Abstimmungen über Zweitwohnungsbau und Raumplanung lassen vermuten, dass das „Dichtestress-Argument“ durchaus eine gewisse Rolle spielte.

Der ehemalige grüne deutsche Außenminister Joschka Fischer, heute als BMW-Berater und Öl-Pipeline-Lobbyist nicht gerade als Wachstumskritiker bekannt, hat es nach der Masseneinwanderungsabstimmung auf den Punkt gebracht: „Nun räume ich gerne ein, dass die Schweiz einen wirklich hohen Ausländeranteil hat. Aber das ist die Folge ihres wirtschaftlichen Erfolgs. Dann muss man eine Diskussion führen über weniger Wachstum und Wohlstandsverzicht.“ *Joschka Fischer in der NZZ am Sonntag vom 14. 02. 2014*

EU-Personen-Freizügigkeit – uneingeschränkt gut?

Die Erde gehört allen oder niemand – als allgemeines Prinzip, wie es in Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in Artikel 12 des UNO Menschenrechtsabkommens verankert ist, ist eine weltweite Personenfreizügigkeit zu befürworten. Dies bedingt jedoch eine massive Verringerung des heutigen Wohlstandsgefälles. Keine Bevölkerung hat ein „angeborenes“ Recht, mehr Ressourcen zu verbrauchen als andere oder gar auf Kosten der anderen luxuriös zu leben. Zudem es ist offensichtlich, dass Reichtum in globalen ökonomischen Netzwerken mit historisch gewachsenen Konkurrenzungleichgewichten erwirtschaftet wird (Kolonialismus!) und entsprechend nicht nur eigenem Fleiss zuzuschreiben sind. Fleiss muss günstige Rahmenbedingungen finden, um sich zu lohnen. Es gibt aber bezüglich Personen-Freizügigkeit mit der EU zumindest kritische Anmerkungen zu machen:

- Die Personenfreizügigkeit mit der EU (EWR) ist euronational beschränkt und sie kann schwerlich als ersten Schritt hin zu einer weltweiten Personenfreizügigkeit betrachtet werden. Die Diskriminierung von Nicht-„Europäern“ hat einen leicht rassistischen Beigeschmack, in der Abstimmung durchaus angesprochen. So appellierte der FDP-Präsident Philipp Müller vor der Abstimmung an unangenehme Instinkte: Die „Masseneinwanderungs-Initiative“ führe dazu, dass man

⁵⁾ <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Kampfansage-gegen-Masseneinwanderungsinitiative/story/24648158>

mehr „aussereuropäische“ Einwanderung haben werde, die uns „kulturell“ weniger nahe stünden. Die Leute hätten Mühe zwischen einem deutschen Ingenieur und einem tunesischen Asylbewerber, der delinquiere, zu unterscheiden, sagte FDP-Präsident Müller. Doch bei dieser Vorlage gehe es eben um den deutschen Ingenieur.⁵⁾ Er hoffe auf ein Nein, damit man die Nicht-EU-Einwanderung endlich reduziere. Von den linken Gegnern der „Masseneinwanderungs-Initiative“ waren – abgesehen von einem isolierten Protest an der Delegiertenversammlung der Schweizer Grünen in Delsberg zwei Wochen vor der Abstimmung – keine ablehnenden Reaktionen auf solche Voten zu hören. Ungemütliches scheint Abgrenzungsreflexe nur hervorzu rufen, wenn es gegen die EU gerichtet ist.

- Im Rahmen der realexistierenden, hemmungslos wachstumsorientierten, deregulierten Ökonomie bilden sich Zentren durch Ausbeutung der Peripherie heraus – mittels Durchsetzung von Absatzmärkten durch Abwürgen der peripheren Produktion in entwickelteren Sektoren. Die Zentrum-Peripherie-Bildung wird durch die Personenfreizügigkeit verstärkt. Die Zentren saugen von den Peripherien bei Personenfreizügigkeit Leute ab, die von den Peripherien ausgebildet wurden. Statt das Wachstum in den Zentren zu drosseln und die Wirtschaft in den Peripherien zu entwickeln, stärken die Migranten die der Zentren. Zudem entstehen in den Peripherien durch die Abwanderung qualifizierte Leute oft eigentliche Versorgungsgänge (zu wenig Ärzte, Krankenpflegerinnen, etc.). Osteuropäische Länder können ein Lied davon singen: polnische Ärzte ersetzen in Deutschland ihre in die Schweiz abgewanderten Kollegen und werden in ihrer Heimat durch Arbeitssuchende aus noch ärmeren Ländern des Ostens, z. B. aus Rumänien und Bulgarien, ersetzt.
- Es ist kaum zu bestreiten, dass trotz flankierender Massnahmen Freizügigkeit zu Lohndruck führt. Die Wirtschaft ist ja nicht umsonstvehemente Vertreterin der Freizügigkeit mit möglichst wenig Lohnschutz. Sie kann zudem Ausbildungs- und Steuerkosten sparen, indem ausgebildete Leute „importiert“ werden, was die Wachstumsspirale immer mehr antreibt. Die EU-Freizügigkeit ist eine der vier ökonomischen Freiheiten der EU-Verträge (Güter, Kapital, Personen, Dienstleistungen). Eines der Hauptziele der Freizügigkeit ist eine „Flexibilisierung“ der Arbeitsmärkte, um so Druck auf die Löhne auszuüben und um die EU-Wirtschaft auf Kosten anderer Wirtschaftsräume konkurrenzfähiger zu machen. Der Lohndruck führt zu tendenzieller Nachfrage schwäche und ist wirtschaftlich schädlich.

Es ist also durchaus angebracht, die Frage der EU-Personenfreizügigkeit mit einer gewissen Distanz zu betrachten und nicht unkritisch in den Chor der rechtsliberalen Arbeitsmarktderegulierer (Avenir Suisse, NZZ, Tagesanzeiger, Der Bund, etc.) einzustimmen.

Wie weiter mit den Bilateralen?

Das Votum vom 9. Februar war ein Schuss vor den Bug der

⁵⁾ <http://www.bernerzeitung.ch/schweiz/standard/Kampfansage-gegen-Masseneinwanderungsinitiative/story/24648158>



Bilateralen Verträge I, welche die Personenfreizügigkeit und eine Guillotine-Klausel im Falle der Kündigung einer der Verträge des Paketes beinhalten. Die Klausel erlaubt der EU in diesem Falle, das ganze Paket der Bilateralen I zu kündigen. Die übrigen bilateralen Verträge – ungefähr 120 an der Zahl – sind von der Guillotine Klausel nicht betroffen. Das *Forum für direkte Demokratie* stellte sich damals gegen die Bilateralen I, vor allem wegen des Verkehrsdocs. Die Personenfreizügigkeit wurde allerdings wegen der Diskriminierung von Personen aus Nicht-EWR-Ländern durchaus kritisch gesehen⁶⁾

Bilaterale Verträge sind zur Lösung von Problemen zu befürworten – was nicht heißt, dass man jeden ausgehandelten Vertrag zwischen der EU und der Schweiz billigen muss. Und wer einen spezifischen Vertrag ablehnt, ist deswegen nicht gegen bilaterale Verträge mit der EU, wie es die Sprachregelungen mancher Medien und Politiker nahezulegen versuchen. Allerdings ist zu beobachten, dass bilaterale Verträge mit der EU auf Grund des Machtungleichgewichtes immer unausgewogener zu werden drohen. Die EU verlangt – eine typisch imperiale Forderung – dass die Schweiz sich der Fortentwicklung des EU-Rechts im Bereich der Verträge ohne formelle Mitsprache unterwirft. Auch die entsprechende Rechtsprechung will sie selber vornehmen und erwartet, dass sich die Schweiz im Bereich der Verträge dem EU-Gerichtshof unterwirft. Solche Forderungen sind inakzeptabel.

Die Vertreter der Freizügigkeit mit der EU – und der Abschottung gegenüber dem Rest der Welt – sind für eine strikte Umsetzung der „Masseneinwanderungsinitiative“. Sie wollen in einem taktischen Schachzug der stimmberechtigten Bevölkerung ein Ja zu Bilateralen Verträgen abringen – in einem Gesamtpaket, das sowohl die Freizügigkeit für die EWR-Wirtschaftsuntertanen als auch die Unterwerfung unter demokratisch unkontrollierte Entscheidungen des EU-Gerichtshofes anstrebt. Bei einem Gesamtpaket hofft man darauf, genug Ängste vor einem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang im Falle einer Ablehnung erzeugen zu können. Einer solchen Strategie ist entschieden entgegenzutreten.

In diesem Zusammenhang müsste man das grundsätzliche Problem der Abstimmung über Gesamtpakete diskutieren. Volksinitiativen müssen die Einheit der Materie respektieren. Der Grundsatz der Einheit der Materie bezweckt, dass die Stimmbürger ihren politischen Willen frei und unverfälscht bilden und äußern können. Bei Vorlagen, die viele Inhalte umfassen, müssen die Stimmberechtigten die verschiedenen Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Inhalte gegeneinander abwägen und sie können nicht differenziert zu den einzelnen Themen Stellung nehmen. Bei der EWR-Abstimmung waren etwa Personenfreizügigkeit, Kleinflugzeuge, vielfältige Umweltaspekte, Jagdinteressen, politische Rechte, wirtschaftliche Interessen, Bildungsmöglichkeiten im EU-Raum – um nur einige

wenige zu erwähnen – gegen einander abzuwagen. Die Stimmberechtigten könnten sich nicht differenziert äußern und hätten bei der Annahme Dinge schlucken müssen, welche die Mehrheit eigentlich nicht wollte.⁷⁾

Das Prinzip der Einheit der Materie ist also angebracht, es ist aber nicht einzusehen, wieso es nicht immer und überall gilt. Während Volksinitiativen das Prinzip beachten müssen, dürfen Bundesrat und Parlamente es im Rahmen internationaler Verträge umgehen. Die Behörden, eigentlich Angestellte der Bevölkerung, dürfen also mehr als der Souverän! Dieses Vorrecht der Behörden ist ein Überbleibsel obrigkeitstaatlichen Denkens, das abgeschafft gehört. ■

⁷⁾Dies ist übrigens der Hauptgrund, wieso rein parlamentarische Demokratien wenig demokratisch sind. Die Stimmberechtigten müssen sich für Parteien entscheiden, die jeweils ein Gesamtpaket von Politikmassnahmen versprechen. Sie müssen entsprechend die Partei wählen, die insgesamt die eigenen Präferenzen optimiert. Dabei müssen Mehrheiten auf die Durchsetzung mancher Ihrer Interessen verzichten, während Partei-“Eliten“ diese im Falle eines Wahlgewinns ungehindert durchsetzen können.

Kurzinfos

Staat „gerettet“ – auf Kosten der Bevölkerung

Die griechischen Staatsfinanzen sind wieder im Lot. Mitte April 04 ist Griechenland an den Kapitalmarkt zurückgekehrt und hat mit Staatanleihen prompt drei Milliarden Euro eingeommen. Doch die Bilanz der rigiden Austeritätspolitik ist verheerend: die Wirtschaftsleistung ist um ein sagenhaftes Viertel eingebrochen. Löhne und Pensionen sind um bis zu 55 Prozent gesunken. Parallel dazu ist die Steuer- und Abgabenbelastung enorm gestiegen. Die Sparguthaben sinken, bei gleichzeitig explodierender Privatverschuldung. Die Zahl der Arbeitslosen ist von unter 10 Prozent im Herbst 2008 auf 28 Prozente in die Höhe geschnellt. Mehr als 60 Prozent der jungen Griechen sind ohne Job. NZZ am Sonntag, 14. April 2014, S. 5

Keine Wende in der Euro-Zone

Gemäss EU-Statistikamt Eurostat betrug die saisonbereinigte Arbeitslosenquote im Februar 2014 in der Eurozone 11.9%. Damit verharrt die Quote seit Oktober 2013 unverändert auf diesem Wert, der nur knapp unter dem vom Februar bis September 2013 erreichten Rekord von 12.0% liegt. In der ganzen EU sank die Quote von 10.7% im Januar auf 10.6% im Februar. Eurostat schätzt, dass im Berichtsmonat EU-weit 25.92 Mio. Menschen arbeitslos waren, davon 18.97 Mio im Euro-Raum. NZZ, 2. April 2014, S. 27.

⁶⁾ s. aus www.europa-magazin.ch unter Dossiers Schweiz, Bilaterale Verträge Schweiz EU 1999, oder das Kurzargumentarium <http://www.europa-magazin.ch/.3bb65060/cmd.14/audience.D>).



Kurzinfos

Einwanderung - ein paar Vergleiche

Seit dem Inkrafttreten der vollen Personenfreizügigkeit (2007) findet jährlich eine Nettozuwanderung von rund 80 000 Menschen statt. Das bevölkerungs- und flächenmässig fast zehnmal so grosse Deutschland wies zwischen 2007 und 2012 netto nur gut 10 000 Einwanderer pro Jahr mehr auf als die Schweiz; Frankreichs Nettozuwanderung betrug im gleichen Zeitraum 0,07%, also weniger als einen Zehntel des Vergleichswerts für die Schweiz (und selbst absolut weniger als zwei Drittel der schweizerischen Zahlen). In Österreich machte die absolute Zuwanderung einen Drittelf der schweizerischen aus. Diese Relationen gelten nicht in einem einzelnen Jahr, sondern über etliche Jahre hinweg.

Auch im grösseren europäischen Vergleich ragt die Schweiz mit ihrer Offenheit ziemlich heraus. So liegt die Nettozuwanderung in Europa im Durchschnitt all jener Länder, die überhaupt eine Nettozuwanderung aufweisen, bei 0,4% und somit bei weniger als der Hälfte der schweizerischen Vergleichszahl. Auf eine ähnliche hohe Zahl der Zuwanderung wie die Schweiz kommen zwischen 2007 und 2012 nur noch Zypern und Norwegen sowie – mit 1,5% deutlich höher – Luxemburg. Als Folge der seit Jahrzehnten starken Zuwanderung sind gegen 30% der schweizerischen Wohnbevölkerung im Ausland geboren, und über ein Drittel hat ausländische Väter und/oder Mütter, dies im deutlichen Gegensatz zu Norwegen, wo die Zuwanderung erst im Gefolge der Erdölbonanza eingesetzt hat und nur etwa 14% der Wohnbevölkerung aus dem Ausland stammen. Schweiz ist tatsächlich eines der weitaus offensten Länder Europas – und sie bliebe es selbst dann, wenn ihre Zuwanderung auf hohem Niveau „kontrolliert“ würde. NZZ, 26. April 2014, S. 25.

Die Stimme der Empörten

Eine neue Protestpartei gilt in Spanien als die grosse Überraschung der EU-Wahlen. Sie hat die politische Landschaft des Landes innerhalb weniger Tage verändert. Auf Anhieb schaffte es die frisch gegründete spanische Protestpartei «Podemos» (Wir können es) am vergangenen Sonntag ins EU-Parlament. Sie hat bereits für heftige Diskussionen gesorgt – kanalisiert «Podemos» doch die soziale Unzufriedenheit in einem Land, in dem die etablierten Parteien, nicht zuletzt wegen zahlreicher Korruptionsfälle, an Glaubwürdigkeit verloren haben.

Die Gruppierung, die sich erst im vergangenen März 2014 als Partei registrieren liess, hat aus dem Stand acht Prozent der Stimmen erlangen und sich somit zur viertstärksten Partei des Landes aufschwingen können. Entstanden ist sie aus der Protestbewegung der «Empörten»: Im Mai 2011 hatten vorwiegend junge Leute wochenlang die öffentlichen Plätze im Land besetzt, um gegen das bestehende System und eine Politik des sozialen Kahlschlags zu protestieren. Drei Jahre später nun hat die Bewegung Einzug in die Institutionen gehalten. Angesichts einer nach wie vor heftig wütenden Krise und einer Arbeitslosigkeit von 26 Prozent hat die Partei dem

Spardiktat, der Macht der Banken und der Korruption im Land den Kampf angesagt. Ihr Spitzenkandidat Pablo Iglesias, ein 35-jähriger Politikprofessor, der als redegewandter Moderator in alternativen Internet-TV-Sendern aufzutreten pflegt, ist das Gesicht dieser Partei. «Podemos» will sich dafür einsetzen, dass künftig Zwangsräumungen verhindert werden, die im Zuge der Krise immer mehr zahlungsunfähige Familien betreffen. Außerdem fordert die Partei ein Grundgehalt für alle Spanier. Pablo Iglesias, die Nummer eins der Gruppierung, liess gleich nach seinem Wahlerfolg wissen, man wolle sich künftig nicht auf eine Zuschauerrolle beschränken. Man wolle vielmehr ein politisches System in Spanien ändern, das die Banken rette und den Rest der Gesellschaft sich selbst überlasse. An die Adresse der EU gerichtet, hiess es, man wolle keine Kolonie Deutschlands oder der Troika sein. NZZ, 2. Juni 2014, S. 5

Karlsruhe und EZB-Staatsanleihen

Das deutsche Verfassungsgericht legt dem EuGH offene Fragen zum Staatsanleihenprogramm OMT (Outright Monetary Transactions) der Europäischen Zentralbank (EZB) vor. Unerwartet deutlich kritisierten die Richter des Deutschen Verfassungsgerichtes am Freitag, den 7. Februar 2014, das Vorgehen der Währungshüter in Frankfurt, nachdem sie 2013 in einer mündlichen Verhandlung eine Vielzahl von Befürwortern und Kritikern des Programms angehört hatten. Mit dem Staatsanleihenprogramm OMT habe die EZB ihre Kompetenzen überschritten und das Verbot der monetären Staatsfinanzierung verletzt,stellten die Richter in einer schriftlichen Stellungnahme fest. Das Mandat der EZB beschränke sich auf die Währungspolitik, argumentierten sie, das OMT sei aber eindeutig als wirtschaftspolitische Massnahme einzustufen, für die die Notenbank kein Mandat habe.

Für Karlsruhe steht es ausser Frage, dass die EZB mit dem Staatsanleihenprogramm ihr Mandat verletzt hat. Verschiedene Merkmale wiesen das OMT-Programm als Wirtschafts- statt Währungspolitik aus: So habe es einerseits zum Ziel, selektiv Zinsaufschläge von Staatsanleihen einzelner Länder zu neutralisieren. Eine Differenzierung zwischen den Mitgliedsstaaten sei dem Handlungsrahmen der EZB aber fremd. Das OMT habe andererseits auch eine Parallelität zu den Hilfsprogrammen von EFSF und ESM, zu denen die Notenbank nicht legitimiert sei. Zudem führe das Programm zu einer Umverteilung zwischen den Mitgliedstaaten der Währungsunion, weshalb es einem Finanzausgleich gleichkomme, der so in den europäischen Verträgen (Primärrecht) nicht vorgesehen sei.

Mit dem OMT umgehe die Notenbank Artikel 123 der Verträge, der die monetäre Haushaltfinanzierung unmissverständlich verbiete, befanden sie. Den Einwand der EZB, dass sie beim OMT Staatspapiere lediglich am Sekundärmarkt kaufe, werteten die Richter als Umgehung des Verbots. <http://www.nzz.ch/finanzen/uebersicht/newsticker/dekarlsruhelaesst-ezb-anleihekaeufe-vom-eugh-pruefen-zus-1.18238063>



Buchbesprechungen



Neugründung Europas als passive Revolution?

„Das Argument Buch“ analysiert den „permanenten wirtschaftlichen Ausnahmezustand“, in dem sich die EU seit längerem befindet. Die Analysen sind instruktiv, die Schlussfolgerungen im Allgemeinen wenig überzeugend. Man fällt in die altbekannte Falle, das Streben nach dezentralen, demokratischen Strukturen mit Nationalismus zu verwechseln. Statt dessen hofft man vage auf breite Bewegungen von unten, welche im Rahmen von Grossstrukturen denen Paroli bieten, die durch eben diese Grossstrukturen begünstigt werden (Multis, Staatsadministrationen; Kreise, die in den Staatsadministrationen genügend Einfluss haben).

Hans-Jürgen Bieling analysiert die EU als imperiale Struktur. Die EU lässt sich gemäss Bieling gut als Imperium beschreiben:

1. unscharfe und variable Grenzen. Die Grenzen verschieben sich häufig und sind nicht immer ganz klar gezogen: die Vertiefung und Erweiterung verläuft in den verschiedenen Bereichen ungleich.
2. ein internes und externes Macht- und Integrationsgefälle. Imperien wähnen sich ökonomisch, politisch und kulturell überlegen. „Dies kommt unter anderem darin zum Ausdruck, dass sich im Annäherungsprozess andere Länder, im Fall der EU z.B. die Assoziierungs- oder Beitrittskandidaten, einseitig anpassen müssen oder die EU-Bürger privilegiert in andere Gebiete reisen dürfen, indessen die eigenen Grenzen – ungeachtet aller Variabilität – für externe Migranten abgeschottet werden“ (S. 35). Zum internen Machtgefälle lässt sich sagen, dass es zwar Mechanismen gibt, die dem Machtgefälle zwischen den Zentren und der Peripherie wenigstens symbolisch entgegenwirken (Rotation der Präsidentschaft). Andererseits gäbe es aber eine Vielzahl informeller Praktiken, z.B. die rege deutsch-französische Gipfel-diplomatie, und das ökonomische Gewicht der Länder des Zentrums, die den symbolischen Ausgleich unterlaufen und die EU-internen machtpolitischen Abstufungen erkennbar werden lassen.
3. eine gewisse soziokulturelle Heterogenität, z.B. unterschiedliche lokale, regionale und mitgliedstaatliche politische Kulturen, Rechtstraditionen, religiöse Präferenzen, Kommunikationsformen und soziale Sicherungssysteme. Von den alten Imperien unterscheidet sich die EU aber dadurch, dass sich die Mitgliedstaaten in der EU nicht einfach auflösen, sondern im Zuge der „Vergemeinschaftung“ eine Suprastruktur übergestülpt erhalten, so dass die zwischenstaatlichen Rivalitäten und Kooperationsformen modifiziert fortbestehen. Andererseits waren die früheren Imperien wirtschaftlich zumeist nur schwach entwickelt und integriert, während die heutige EU durch eine sehr tiefe und umfassende wirtschaftliche Interpenetration – Waren- und Dienstleistungsmärkte, Unternehmensverflechtungen, Direktinvestitionen und Finanzmärkte – gekennzeichnet ist.

Diese wirtschaftliche Integration ist aber wie die Machtbeziehungen asymmetrisch. Auf der einen Seite stehen einige sehr produktive Volkswirtschaften mit beträchtlichen Exportüberschüssen, in erster Linie Deutschland, aber auch kleinere Wirtschaftsräume wie Österreich, die Beneluxstaaten oder die skandinavischen Länder, während auf der anderen Seite weniger produktive oder durch Immobilien-, Aktien-, oder Kreditblasen charakterisierte Ökonomien mit zum Teil erheblichen Leistungsbilanzdefiziten stehen. Die Finanz- und Eurokrise wurde von den ökonomisch stärkeren Ländern dazu genutzt, im Rahmen der EU Disziplinierungsinstrumente für die Regierungen und Tarifparteien der peripheren Länder einzuführen. Dies führte zu den bekannten Lohn- und Rentenreduktionen in diesen Ländern. Durch das Krisenmanagement wurde das schon problematische Übergewicht der Exekutive in der EU (Ministerräte) noch ausgebaut. „Die erweiterten Kompetenzen der EZB, der Europäischen Kommission, vor allem aber des Europäischen Rates lassen sich in diesem Sinne als eine Profilierung „postdemokratischer“ Herrschafts- und Politikformen interpretieren“ (S. 42). Dadurch werden die arbeits- und sozialpolitischen Gestaltungsoptionen von Regierungen und Gewerkschaften signifikant beschnitten und die Parlamente der Mitgliedstaaten entmachtet.

Die EU erleidet in der Krise einen zweifachen Legitimationsverlust: Auf der einen Seite sind grosse Bevölkerungsgruppen in den Überschuss- bzw. Gläubigerstaaten immer weniger bereit, die Risiken und potentiellen Kosten der Mitverantwortung für die öffentlichen Schulden in der Peripherie der Eurozone zu übernehmen – etwa um die eigenen Banken zu stützen. Auf der anderen Seite mehrt sich auch die Kritik und der Widerstand in den Defizit- und Schuldnerstaaten, da die EU-Vorgaben zur austeritätspolitischen Konsolidierung den wirtschafts-, sozial- und infrastrukturpolitischen Handlungsspielraum – und damit auch die Verfahren einer demokratischen Selbstbestimmung – enorm einengen.

Karl Georg Zinn liefert im „Das Argument“ eine keynesianische Einschätzung der Euro-Krise. Er weist auf einen oft verkannten Aspekt keynescher Auffassungen hin. Wie bekannt versteht Keynes ökonomische Stagnation als Folge unzureichender Nachfrage (privater Konsum, private Investitionen, Staatsverbrauch, Staatsinvestitionen, Aussennachfrage). Der Konsum bildet dabei die mit Abstand grösste Nachfragekomponente und wirkt auch via nachfraginduzierter Investitionen auf diese ein. Entsprechend hängt die längerfristige Entwicklung einer Volkswirtschaft vorwiegend von der Konsumdynamik ab. Der verkannte Aspekt der keyneschen Analyse besteht darin, dass Keynes langfristig durchaus wachstums-skeptisch war: die Entwicklung der Volkswirtschaften führt zu einer gewissen Konsumsättigung und damit auch zu einer Sättigung bei den Investitionen. Man kann in diesem Stadium zwar völlig unsinnige, überflüssige Nachfrage schaffen, um Wachstum zu erzeugen. Besser wäre es gemäss Keynes aber, Arbeitslosigkeit durch Umverteilung von Arbeit, also Arbeitszeitverkürzung, zu beseitigen.



Gemäss Zinn lassen sich Dauer und Umfang der Massenarbeitslosigkeit seit Beginn der 1980er Jahren in den EU-Staaten und in den USA nicht allein durch neoliberalen Umverteilung von unten nach oben und die daraus resultierende Schwäche der Massenkaufkraft zurückführen, obwohl die Nachfrageschwäche dadurch gefördert wurde. Es liegt vielmehr eine dauerhafte Abschwächung der kapitalistischen Wachstumsdynamik vor. Diese zeigt sich durch verschiedene Divergenzen: wachsende Produktionskapazitäten und zurückbleibende Massennachfrage, Anstieg des auf Anlage drängenden Geldkapitals und Verminderung der rentierenden Investitionsmöglichkeiten in der Realwirtschaft, Reichtumsakkumulation und zunehmende soziale Armut, die Lebensstandard und Lebensqualität von mehr und mehr Menschen in den meisten Ländern des nordatlantischen Kapitalismus senkte.

Um diese von Keynes vorhergesehenen langfristigen Probleme einer auf Wachstum gerichteten Politik zu lösen schlug er (1) eine Umverteilung von oben nach unten vor, (2) einen höheren Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt zwecks Ausweitung sinnvoller öffentlicher Leistungen; Arbeitszeitverkürzungen, um Produktivitätssteigerungen wohlstandswirksam zu nutzen, sobald sie nicht mehr durch das BIP-Wachstum absorbiert werden. Im Rahmen der neo-liberalen Politik entwickelt sich die Wirtschaftspolitik aber in die entgegengesetzte Richtung, wodurch die Wachstumsprobleme verschärft werden. Es wird von unten nach oben verteilt, die Politik bemüht sich, die Staatsquote zu senken. Statt weniger, wird mehr gearbeitet und das Rentenalter wird angehoben. Der Arbeitsstress nimmt zu und hat einen Anstieg psychischer und somatischer Krankheiten zur Folge.

In diesem allgemeinen wirtschaftspolitischen Rahmen trug die Konstruktion der Währungsunion eigene volkswirtschaftlich schädliche Elemente bei. Die EU-Zentralbank ist pauschal für alle Mitglieder zuständig. Da die realwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Mitglieder völlig unterschiedlich war und ist, konnte die pauschale Geld- und Zinspolitik der EZB nicht sachgerecht auf die länderspezifischen Unterschiede ausgerichtet werden. Die EZB erwies sich als Desintegrationsfaktor. Die realwirtschaftlich schwächeren Mitglieder des Euro-Raums durften sich über Jahre hinweg zu einem viel zu niedrigen Zinssatz verschulden, was sie gern und gierig praktizierten. Aus den realwirtschaftlich stärkeren Ländern quoll das anlagesuchende Geldkapital aus allen Poren und suchte wild nach Anlagentmöglichkeiten. Die riskante Verschuldung der Peripherie wurde willig vom verwertungssuchenden Kapital der Zentren gefördert. Es war absehbar, dass es im Euro-Raum zu einer Schuldenkrise kommen würde.

Dank der Exportstärke der deutschen Wirtschaft, die sich zu einem Teil der jahrelangen „Lohnzurückhaltung“ der deutschen Arbeitnehmer verdankte, wurde die innenwirtschaftliche Schwäche zum Teil durch Exportsteigerungen ausgeglichen, also durch eine lehrbuchgerechte „beggar-my-neighbour-policy“. Die Deutsche Bevölkerung nahm – durch die Mainstream-Medien entsprechend bearbeitet – diese Stärke zu Lasten der peripheren Länder der Euro-Zone als „deutschen“ Erfolg wahr. Während Deutschland exportierte

und sich an die Brust klopfte, sank die Binnenachfrage im Euro-Raum, die bereits seit Beginn der Krise naturgemäß schwächer wurde, in Folge der von Deutschland den hochverschuldeten südeuropäischen Volkswirtschaften und Irland aufgezwungenen Austeritätspolitik auf Katastrophenniveau. Die Massennachfrage im Euro-Raum fällt weiter und weiter unter das Produktionspotential und die Arbeitslosenquote steigt.

Interessant ist auch der Artikel von Dorothee Bohle, die den unterschiedlichen Umgang einiger osteuropäischer Länder mit der Finanz- und Euro-Krise darstellt. Die osteuropäischen Länder wurden wie der Süden stark von der Euro- und Finanz-Krise in Mitleidenschaft gezogen, auch wenn sie nicht Mitglieder der Eurozone sind. Der EU-Beitritt signalisierte ein stark vermindertes Investitionsrisiko, und die Integration der Waren- und Finanzmärkte erleichterte Investitionen. Als Folge erzielten die osteuropäischen Länder vorerst hohe Wachstumsraten, die zum Teil durch Immobilienblasen verstärkt wurden. Dies änderte sich mit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise schlagartig. Wegen der resultierenden Kreditklemme mussten die Banken Vermögensposten abschreiben, einige brachen zusammen oder wurden nationalisiert. Die Kreditvergabe versiegte. Zudem manchte sich die Rezession in Westeuropa durch sinkende Nachfrage bemerkbar. Die Konsequenz waren harte wirtschaftliche Einbrüche in (fast) der gesamten östlichen Peripherie. Bohle analysiert die unterschiedlichen Politiken einiger Ostländer (Lettland, Ungarn) und zeigt, dass je nach politischen Randbedingungen innerhalb der Länder und der Art, wie sich die Krise auswirkte (z.B. Fremdwährungsschulden bei Immobilien), der Umgang mit der Krise recht unterschiedlich ausfällt.

Neugründung Europas als passive Revolution? Das Argument, 301, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, 55. Jahrgang, Heft 1, 2013.



„Denn der Menschheit drohen Kriege ...“: Neutralität contra EU-Grossmachtswahn

Der Hauptteil des Büchleins wurde von Gerald Oberansmayr geschrieben. Er beschreibt eindringlich die militaristischen Grossmacht-Tendenzen in der EU. Interessant ist sein Text vor allem auf Grund der vielen Zitate von Think-Tanks, offiziellen oder offiziösen Beratern der Brüsseler Politik oder von nationalen Politikern, die in der EU eine Rolle spielen. Die Berater und Vordenker können sich viel deutlicher äussern als die Politiker, die vordergründig die Ideologie der EU als Friedensprojekt bedienen müssen. Ein paar frühe Müsterchen: Der deutsche General Klaus Naumann, damals Abteilungsleiter für Militärpolitik im Führungsstab der deutschen Bundeswehr,



forderte bereits 1989 dazu auf, den „Versöhnungs- und Firedenspathos abzustriften, da man in diesem zusammenwachsenden Europa [...], Macht mit allen Facetten ausüben können“ müsse. Mit solchen Äusserungen kann man sich in der westlichen Politik durchaus empfehlen. In den 90er Jahren wurde Naumann Generaltruppeninspektor der deutschen Bundeswehr, den NATO-Angriff auf Restjugoslawien 1999 leitete er massgeblich als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses. Oder ein weiteres frühes Beispiel: der französische Armeegeneral Michel Fennebresque betonte 1992 „Europa ist dichter bevölkert und reicher als die USA. Um eine Rolle in der Weltpolitik zu spielen, muss es über eine militärische Kapazität gleicher Grösse wie die USA verfügen“. Oder: Horst Teltschick, Aussenpolitik-Berater des deutschen Kanzlers Kohl 1991: „Es klingt brutal und zynisch, aber vielleicht brauchen wir weitere Krisen wie in Jugoslawien, damit Europa enger zusammenwächst und zu einer gemeinsamen Politik findet“. Diese Lesart wurde ausnahmsweise auch von Frontpolitikern geteilt. Der damalige Bundeskanzler Schröder meinte 1999 anlässlich des Krieges gegen Restjugoslawien: „Mit seiner Intervention auf dem Balkan hat das atlantische Europa eine neue Seite in der Weltgeschichte aufgeschlagen. [...] So wird Europa zum Europa der Menschen. [...] Dies ist ein Gründungssakt, und wie stets geschieht ein solcher Akt nicht im Jubel, sondern im Schmerz“.

Oberansmayr beschreibt detailliert die jüngere Geschichte der EU-Militarisierung, die im Geiste der obigen Zitate lebt. Ein wesentlicher Quantensprung wurde dabei im Lissabon-Vertrag erreicht, wo festgelegt wird, dass die Militärausbaben auf mindestens 1.63% des BIP erhöht werden müssen. Damit wurde in der Geschichte wohl einmalig Aufrüstung in einer Weltgegend in Verfassungsrang erhoben. Worum es dabei geht, hat die deutsche Kanzlerin Merkel, Madeleine Albright zitierend, in einer Rede 2004 klar umschrieben: „Die zentrale aussenpolitische Zielsetzung lautet, Politik und Handeln anderer Nationen so zu beeinflussen, dass damit den Interessen und Werten der eigenen Nation gedient ist. Die zur Verfügung stehenden Mittel reichen von freundlichen Worten bis zu Marschflugkörpern“. Merkel wendet das Zitat in der Rede auf die EU-Aussen- und „Sicherheitspolitik“ an! Ob sie dabei unter „Nation“ die EU oder Deutschland versteht, wird aus dem Zusammenhang nicht klar.

Krass ist das neue Militärdeutsch, das gewisse Absichten verschleiern soll. Die Fähigkeit, militärisch möglichst weitreichend intervenieren zu können (erklärter „Einflussbereich“ ist Afrika, Süd-Osteuropa bis an den Kaukasus und den nahe Osten) wird z.B. als „Fähigkeit zur Kräfteprojektion“ umschrieben (Ashton). Weniger offizielle Personen werden deutlicher: James Rogers, geostrategischer Berater des EU-

Rates und Mitarbeiter des EU-Instituts für Sicherheitsstudien schreibt: „Die alten europäischen Nationalstaaten sind nicht mehr länger gross genug, um ihre Stimme in einer sich schnell verändernden Welt Gehör zu verschaffen. Der beste Weg, um die Werte, die diesen Nationen wichtig sind, zu beschützen, besteht in grösseren und mächtigeren Zusammenschlüssen [...]. Kurz gesagt, die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden. [...] Die Verbesserung und weitere Integration des europäischen Heimatlandes wird die Europäische Union als Machtbasis stärken, was wiederum [...] dazu genutzt werden kann, ausländischen Regierungen das Fürchten zu lehren und sie gegenüber europäischen Präferenzen aufgeschlossener zu machen“ - für alle Zitate finden sich im Büchlein bibliographische Hinweise!

Solidar-Werkstatt Österreich (Hrg.), „Denn der Menschheit drohen Kriege ...“: Neutralität contra EU-Grossmachtswahn, 2013, Linz: Guernica-Verlag (Waltherstrasse 15, A-4020 Linz, office@solidarwerkstatt.at).





Recht auf Wasser droht zu versickern

Die EU-Kommission hat Ende März 2014 auf die erste zu Stande gekommene EU-Bürgerinitiative (EBI) reagiert. In ihrer Antwort bestätigte die Kommission zwar die Bedeutung des Menschenrechts auf Wasser und Abwassernetsorgung sowie die Wichtigkeit von Wasser als öffentlichem Gut. Allerdings will die Kommission keinen Legislativvorschlag zu machen, sondern lediglich eine neue Konsultation zu möglichen Gesetzesänderungen starten.

Die Organisatoren der EBI „Wasser ist ein Menschenrecht“ (Right2Water) reagierten enttäuscht. „Die Europäische Kommission ist wenig ambitioniert, den Erwartungen von 1,9 Millionen Menschen gerecht zu werden“, sagte Jan Willem Goudriaan, Vizepräsident der EBI Right2Water. „Ich bedauere, dass es keinen Gesetzesvorschlag für die Anerkennung des Menschenrechts auf Wasser gibt.“

Die EBI fordert zudem eine rechtliche Verankerung, dass es auch künftig in der EU keine Liberalisierung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung geben wird. Zwar hat die breite Unterstützung für die EBI dazu geführt, dass die Versorgung mit Wasser und Abwasserentsorgung von der Konzessionsrichtlinie ausgeschlossen wurden. Die Kommission hat sich jedoch nicht explizit dazu verpflichtet, diese Leistungen auch von Verhandlungen über Handelsabkommen wie das geplante EU-USA-Freihandelsabkommen TTIP auszuschließen.

Die Organisatoren der EBI begrüßten die Aussage der Kommission, dass die Bereitstellung von Wasserversorgung und Abwasserentsorgung generell in der Verantwortung der lokalen Autoritäten liegen sollte, die am dichtesten an den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort sind. Das bestätige den Trend zu Rekommunalisierung in Europa und sei der sicherste Weg, um Wasser aus den Binnenmarktregelungen herauszuhalten zu können. www.right2water.eu. Umwelt aktuell, Mai 2014, S. 26.

Nur unverbindliche Minimalstandards für Fracking

Die EU-Kommission hat im Januar 04 ihre Vorschläge zu der umstrittenen Fördermethode Fracking veröffentlicht. Von einer Regulierung sind die Pläne jedoch weit entfernt, es handelt sich lediglich um „Empfehlungen“ an die Mitgliedstaaten. So empfiehlt die Kommission, Umweltauswirkungen und -risiken zu prüfen, die Öffentlichkeit über eingesetzte Chemikalien zu informieren und die Qualität von Luft, Gewässern und Boden vor Beginn der Bohrungen zu kontrollieren, um mögliche Veränderungen feststellen zu können.

Umweltverbände kritisierten die Kommissionsempfehlungen scharf. „Die unzureichenden und unverbindlichen Empfehlungen bedeuten, dass Fracking weiterhin unreguliert bleibt. Leidtragend wird die lokale Ebene sein“, sagte Fracking-Experte Antoine Simon von Friends of the Earth Europe (FOEE). Der Umweltdachverband warnte, dass die

schwachen Empfehlungen zu einer weiteren Verschärfung des lokalen Widerstands gegen die umstrittene Fördermethode führen würden. Die Naturfreunde Internationale forderten ein EU-weites Fracking-Verbot. Umwelt aktuell, März 2014.

Reinheitsgebot gilt nicht für Honig

Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat einem Kompromiss zwischen Kommission, Rat und Parlament zugestimmt, der die Kennzeichnung von gentechnisch verändertem Honig verhindert.

Laut den EU-Grünen stimmte die Mehrheit der Abgeordneten dafür, die entsprechende Richtlinie so zu ändern, dass nicht auf dem Etikett stehen muss, ob Genpollen im Honig sind oder nicht. „Mit der Abstimmung ist der Umweltausschuss eingeknickt und hat entgegen seiner ursprünglichen Empfehlung vom November 2013 dafür gestimmt, Honig nicht kennzeichnen zu lassen. Damit haben die Abgeordneten den Imkern und den Bienen ein Bärenherd erwiesen“, sagte der agrarpolitische Sprecher Grünen/EFA Martin Häusling.

Auch für Verbraucherinnen und Verbraucher ist die Entscheidung des Umweltausschusses schlecht. Denn die EU importiert Honig aus Ländern, die Genpflanzen anbauen. In zwei der wichtigsten Honig produzierenden Mitgliedstaaten - Spanien und Rumänien - ist der Anbau von Genmais erlaubt. Damit sei quasi besiegelt, dass mit Genpollen kontaminiertes Honig ungekennzeichnet in die Regale gelangen werde, kritisierte Häusling.

Der EU-Gerichtshof hatte 2011 festgelegt, dass mit genmodifizierten Pollen verunreinigter Honig nach EU-Recht auch gekennzeichnet werden muss. Die EU-Kommission argumentierte dagegen und behauptete, dass Genpollen ein Bestandteil und keine Zutat des Honigs sei und daher nicht gekennzeichnet werden müsse. Umwelt aktuell, Mai 2014, S. 17; Umwelt aktuell, April 2014, S. 18; <http://www.no-patents-on-seeds.org/>; <http://www.epa.org/>

Minderheit boxt Genmais durch

19 der 28 Mitgliedstaaten der EU, darunter Frankreich, Italien und Österreich, haben sich am Dienstag, den 11. Februar 2014, im Ministerrat gegen die Zulassung der gentechnisch veränderten Maissorte 1507 des US-Konzerns Pioneer zum Anbau in der EU ausgesprochen. Nur Großbritannien, Estland, Finnland, Schweden und Spanien waren dafür; Belgien, Deutschland (dessen Regierung in dieser Frage tief gespalten ist), Portugal und Tschechien enthielten sich. Dennoch ebneten die Minister damit gemäß den komplizierten Verfahrensregeln den Weg zur Zulassung. Denn weil die Stimmen der Staaten gewichtet werden und weder die Gegner noch die Befürworter genug Gewicht für eine qualifizierte Mehrheit auf die Waage brachten, geht der Vorschlag nun zurück an die EU-Kommission, die ihn vorgelegt hatte. Diese aber ist vorbehaltlich unerwarteter neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse verpflichtet, den Antrag endgültig zu genehmigen, wie der EU-Gesundheitskommissar Tonio Borg nach dem Treffen vor den Medien betonte. Deshalb haben die Enthaltungen de facto den Befürwortern geholfen. NZZ, 12. Februar 2014, S. 31



25 ans de politique européenne des Verts suisses

Retour aux sources

Lorsque, le 6 décembre 1992 au soir, on savait que l'Espace Economique Européen (EEE) était rejeté par une majorité des cantons et - de justesse - par le peuple (avec seulement 23836 non de plus que de oui), il apparut clairement que les Verts avaient permis au „Non“ de l'emporter. Ce résultat provoqua un choc chez certains dirigeants du parti vert suisse. On essaya après coup de „ré-interpréter“ l'attitude des Verts avant la votation. Et 10 jours seulement après le scrutin, les Verts organisèrent une conférence de presse; ils y exigeaient des négociations „immédiates“ avec la Communauté Européenne en vue d'une adhésion. Selon les Verts de l'époque, le résultat de la votation était en réalité un „Oui“ à l'adhésion à l'UE. La NZZ commentait ce revirement à juste titre en parlant de „culbutes idéologiques“¹⁾.

par Luzius Theiler

Considérant l'histoire du parti, le changement d'attitude des Verts suisses intervenu après la votation sur l'EEE s'avère effectivement étonnant. Les Verts suisses prirent une première fois position en 1989 dans la discussion sur les relations entre la Confédération et l'UE (à l'époque appelée Communauté Européenne). Dans une déclaration intitulée „Un „Oui“ à l'Europe signifie un „Non“ au marché commun“, ils défendaient une politique européenne „verte“.

Cette proposition était fortement influencée par une déclaration publiée par les Verts Européens quelques mois avant la chute du mur de Berlin. Cette dernière appelée „Déclaration commune des Verts Européens par rapport à l'Europe“ préconisait une Europe composée de régions autonomes. Elle saluait l'opposition des Verts dans les pays à l'extérieur de l'UE contre une adhésion à celle-ci. Une autre déclaration commune des Verts des pays neutres et des pays faisant partie de l'AELE (Suisse, Suède, Finlande, Autriche) mentionnait entre autres: „nous sommes opposés à tout élargissement de l'UE“ et „nous estimons par contre qu'une collaboration approfondie avec les mouvements démocratiques, écologiques et pacifistes de l'Europe de l'Est est souhaitable; nous sommes de l'avis que ces pays-là font aussi partie intégrante de ce qu'on appelle l'Europe“. Ainsi s'esquisait, il y a vingt-cinq ans déjà, une alternative à l'Europe dominée par les grandes puissances économiques.

Cette position politique était toujours maintenue deux ans plus tard dans l'édition 1991 de la publication „Année politique suisse“: „Le parti des Verts exige l'abandon des négociations pour l'EEE et annonce son opposition à une adhésion éventuelle de la Suisse à l'UE“. Il faut cependant souligner qu'une partie des Verts de Romandie n'était pas d'accord avec cette position. Dans le texte original adopté par les délégués du parti le 4 mai 1991 et toujours formellement en

vigueur aujourd'hui (mais qui n'est pas disponible en français sur le site des Verts), on peut lire: „L'unification de l'Europe selon le modèle actuel de l'UE et la création d'un marché unique préconisant une croissance illimitée de la circulation des personnes, des marchandises, des capitaux et des services n'est pas compatible avec nos principes. La politique actuelle de l'UE est centralisatrice et uniquement focalisée sur les aspects économiques; pour cette raison, elle est anti-écologique. Elle va engendrer des inégalités croissantes entre les pays riches et pauvres en Europe, un gaspillage croissant des ressources naturelles qui risque d'aboutir à la destruction des bases de notre vie. Cette politique est ainsi contraire aux principes de notre écosystème“²⁾.

Le revirement après le 6 décembre 1991

Il est difficile de comprendre les raisons qui ont conduit les Verts à changer de position par rapport à l'UE dans la semaine suivant la votation sur l'EEE en décembre 1991. L'auteur de ces lignes se souvient que certains responsables du parti Vert se demandaient déjà quelques jours avant la votation si la position du parti contre l'EEE était vraiment bien fondée. Un des motifs semble avoir été la crainte que le parti pût être accusé d'avoir aidé l'UDC à remporter le plus grand triomphe de son histoire. Une certaine dynamique de groupe joua aussi probablement un rôle. On sait que l'électeur „typique“ des Verts appartient aux couches sociales „éduquées“, qu'il a souvent fait des études poussées et gagne assez bien sa vie. Ceci est particulièrement vrai en ce qui concerne les responsables du parti. A l'époque, dans les milieux urbains correspondants, il était de bon ton de penser que les eurosceptiques étaient en fait des rustres. Notons cependant que, vers la fin des années 90, une grande majorité des Verts de la ville de Zurich se prononçait clairement contre toute tendance à s'adapter à l'UE.

Comment l'initiative des alpes fut sacrifiée sur l'autel de l'UE

L'initiative des Alpes stipulant une limitation du trafic à travers les Alpes d'une frontière à l'autre du pays fut lancée avec la

¹⁾ NZZ, 16.12.1992.

²⁾ voir le site du parti des Verts www.verts.ch. Le texte du 4 mai 1991 n'est disponible qu'en version allemande.



participation active des Verts suisses et acceptée par votation fédérale en 1994. En 1991 les Verts ont lancé un référendum contre la construction des deux tunnels NLFA; ils avaient en effet prévu que le projet NLFA conduirait à une augmentation globale du transport en Europe plutôt qu'il ne permettrait d'amorcer un transfert de la route vers le rail, prévision qui, hélas, s'est révélée juste. En 2000, une majorité de Verts s'est cependant prononcée en faveur de l'accord sur les transports terrestres avec l'UE et abandonna ainsi définitivement le projet de transfert des transports de la route vers le rail. Les Accords Bilatéraux I dont fait partie l'accord sur les transports garantissent en effet l'accès libre des transporteurs étrangers à la circulation routière en Suisse. Seule une minorité des Verts s'activa pour un référendum contre l'accord sur les transports. Dans ce contexte, une petite remarque s'impose: lors de l'assemblée des délégués des Verts suisses du 24 août 2013 à Viège, une résolution fut soumise au vote des délégués exigeant que le principe du transfert du trafic des marchandises à travers les Alpes de la route vers le rail, après tout ancré dans la constitution, soit appliqué sans concession. L'auteur de ces lignes s'est alors permis de rappeler aux délégués que la mise en œuvre de cette résolution nécessiterait sans doute un renégociation de l'accord sur les transports avec Bruxelles.

Engouement pour l'UE à la fin du millénaire

Sous l'influence de Ruedi Baumann qui venait d'être élu président du parti, l'assemblée des délégués des Verts suisses confirma en 1998 le changement de position vis-à-vis de l'UE. „Les Verts suisses adoptent une attitude positive vis-à-vis de l'intégration européenne. (...) La majorité des Suisses souhaite que notre pays adhère rapidement à l'UE“. Dans cette optique le conseil d'administration décida – d'ailleurs sans convoquer une assemblée des délégués – avec 15 voix contre une (celle de l'auteur de ce texte) et une abstention de se prononcer en faveur de l'initiative populaire „Oui à l'Europe“. Le 4 mars 2001 cette initiative fut rejetée par 76.8% des votants. L'hypothèse selon laquelle une majorité des électeurs verts aurait même rejeté l'initiative n'a pas pu être vérifiée, car l'Institut Longchamp refusa „pour des raisons de statistiques“ de communiquer son analyse du comportement des électeurs verts dans cette votation.

La question des relations avec l'UE est revenue à l'ordre du jour en 2004 lors de la votation sur l'accord de Schengen-Dublin appartenant aux Accords Bilatéraux II. Les dirigeants du parti ont recommandé le oui, entre autres avec la justification suivante: „Il est vrai que, par ces accords, la Suisse accepte un aspect de l'UE particulièrement peu sympathique. (...). Mais on ne peut rejeter ces accords; ils font aussi partie de la politique de l'UE“. La discussion parmi les Verts tournait surtout autour des questions du renforcement de la surveillance policière dans l'espace Schengen et de l'attitude vis-à-vis des problèmes liés à l'immigration (renforcement de la „Forteresse Europe“). Le oui des Verts fut en partie influencé par l'engagement de l'Organisation Suisse d'Aide aux Réfugiés estimant que ces accords constituaient une étape nécessaire pour éviter que la politique de répression vis-à-vis des réfugiés se renforce – espoir qui se révéla illusoire par la

suite.

Crépuscule de l'UE: la confrontation avec une réelle „Forteresse Europe“

Une fois que les accords de Schengen étaient entrés en vigueur on a vite été confronté avec la réalité de leur mise en œuvre. Des doutes sont apparus concernant la politique d'intégration à l'intérieur et le cloisonnement vers l'extérieur menée par l'UE. La mise au point de l'organisation „Frontex“ finit par éroder chez les Verts la conviction que l'UE représente une „communauté ouverte sur le monde“. En 2006 les Verts ont un peu corrigé leur prise de position de 1998, en rédigeant une nouvelle version portant le titre „Oui à l'Europe, mais pas à tout prix“. On peut y lire qu' „Une adhésion de la Suisse à l'UE comporte aussi certaines difficultés et désavantages. Dans notre pays, certains domaines sont connus pour être sensibles et d'autres sont de loin plus progressistes qu'en UE. Nous ne voulons pas non plus sacrifier sur l'autel de l'adhésion les acquis de notre démocratie directe, bien au contraire. Il s'agira de les préserver de façon contraignante même au sein de l'UE. C'est dans cet esprit que les Verts demandent qu'une adhésion à l'UE soit soumise à certaines modalités“. Par la suite cette nouvelle prise de position esquisse une UE idéale qui correspondrait aux idéaux écologiques et démocratiques des Verts et à laquelle ils souhaitent adhérer. On peut douter que l'UE réelle soit prête à satisfaire toutes ces exigences et, pour cette raison, la déclaration des Verts suisses a surtout la valeur d'une liste de souhaits.

La discussion sur les relations avec l'UE revint à l'ordre du jour des Verts suisses en 2009, lors de la proposition de loi „Cassis de Dijon“ rejetée par une grande majorité des Verts au Parlement. Cependant, lorsque, contre toute attente, un référendum fut lancé par des agriculteurs romands, les dirigeants du parti hésitèrent. Après d'âpres discussions, la majorité des sections cantonales se prononça en faveur du référendum – mais il était trop tard pour récolter le nombre requis de signatures. A l'époque, parmi les arguments des dirigeants du parti, on trouve les suivants: „Le scepticisme des Verts par rapport au principe „Cassis de Dijon“ ne signifie pas qu'ils sont contre l'UE en tant que telle. Les Verts s'engagent depuis 15 ans pour une adhésion de la Suisse à l'UE. Si la Suisse était membre de l'UE, elle pourrait lutter pour une application différenciée du principe „Cassis de Dijon“. Elle pourrait s'engager à ce que tout pays puisse protéger son marché contre le dumping écologique et social. Mais tant que la Suisse n'est pas membre, il n'y a aucune raison d'accepter une règle qui nuit à l'environnement et à la population.“

Ce qui est intéressant c'est que les Verts romands qui, pendant les années 90, étaient très favorables à l'UE, ont par la suite pris – et prennent encore – souvent des positions contre la libéralisation effrénée des marchés. Dernièrement, par exemple, les Verts genevois se sont prononcés pour un référendum contre le projet de politique agricole 2014-2017.



suite page 14 →



Plus de démocratie directe et un contrôle plus serré des "élites" politiques dans les pays-membres ferait croître la critique de l'UE

Quand on place ses espoirs en de lointaines „élites“ plutôt que dans la démocratie

On peut s'en étonner : une majorité des Grecs continue apparemment à vouloir adhérer à l'UE et à l'Euro. Après six ans de récession, un recul de l'activité économique de 26% et un taux de chômage de 27%, une étude du Pew Research Center semble montrer que 69% de la population se prononce pour un maintien de la Grèce dans la zone Euro. Malgré les effets néfastes du système de l'Euro dans de nombreux pays, il semble donc qu'on puisse toujours trouver des majorités favorables à son maintien. En l'absence de sondages sérieux et détaillés, on ne peut que spéculer sur les raisons de cette attitude. Il semble qu'un des motifs soit la façon dont est perçue la crise et l'analyse qui est faite de ses causes. Il faut se rendre compte en même temps que cette analyse est fortement influencée par les médias de masse. Ce qui est aussi important sans doute, c'est la connaissance d'alternatives possibles - et surtout leur absence supposée - et la peur des conséquences imprévisibles dans le cas d'un changement de politique.

par Paul Ruppen

Une raison prépondérante poussant les populations à souhaiter le maintien de l'Euro semble souvent être la méfiance vis-à-vis de l'Etat et des autorités locales. En l'absence d'alternatives crédibles et de perspectives positives, il est facile de placer ses espoirs en „Bruxelles“ ou au moins de penser que „Bruxelles“ représente le moindre mal. Selon les sondages Eurobaromètre, 19% des Grecs font confiance aux institutions de l'UE alors qu'ils ne sont que 9% à accorder leur confiance à leur propre gouvernement¹⁾.

Il s'agit ici d'un phénomène répandu dans les Etats membres de l'UE. Par exemple : lors de la crise des déchets à Naples en 2011, la population locale espérait que l'UE allait venir à leur rescouasse pour résoudre les problèmes. Il n'est certes pas évident comment les autorités bruxelloises pourraient intervenir pour lutter contre la corruption à Naples et le crime organisé local. Les Bulgares espèrent également que „Bruxelles“ pourrait les aider dans la lutte contre la corruption de leur propre Etat. Là encore il n'est pas évident de voir comment Bruxelles pourrait précisément éliminer les réseaux de corruption actifs à l'intérieur de l'Etat bulgare.²⁾

Pour comprendre cela, il suffit de changer de perspective. Mettons-nous à la place d'un bureaucrate de Bruxelles. Ce fonctionnaire aura sûrement d'autres préoccupations que d'essayer de comprendre comment les réseaux d'influence fonctionnent dans la ville lointaine de Sofia. Il ne dispose ni des connaissances détaillées ni des compétences pour pouvoir intervenir de façon efficace. L'endiguement de la corruption nécessite un processus de longue haleine visant à changer la culture économique et politique au quotidien. Ce changement ne peut avoir lieu que si de nombreuses personnes – souvent en acceptant des désagréments personnels – s'investissent en ce sens. Ce fait probablement explique pourquoi beaucoup de gens préfèrent placer leurs espoirs dans une aide qui vient

¹⁾ http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_fact_en.pdf

²⁾ voir : <http://www.welt.de/politik/ausland/article118431279/Euro-pa-kapituliert-vor-der-Korruption-in-Bulgarien.html>.

de l'extérieur. L'effort personnel, surtout lorsque l'individu se trouve isolé, offre peu de perspectives de succès.

L'espoir que la solution des problèmes personnels vienne d'ailleurs et soit apportée par des gens appartenant aux classes d'élite est un phénomène ancien et très répandu. Les contes de fées font souvent état de la nostalgie du „bon roi“. Au Moyen-âge les opprimés plaçaient leurs espoirs dans un empereur lointain qui les libérerait du joug de nobles locaux sans scrupules. Les partis „d'élite“ furent à la mode pendant un temps. Et aujourd'hui beaucoup de nos concitoyens attendent la solution de bons juges éloignés sans envisager une action personnelle.

En réalité ce n'est que cet engagement personnel, fourni par de nombreux citoyens, qui peut nous faire avancer. Cet engagement peut être favorisé ou entravé selon les institutions politiques spécifiques en place. Ces institutions sont elles-mêmes issues d'une culture politique correspondante. Il est probable qu'une population active obtiendra la mise en place d'institutions favorables aux formes participatives de la démocratie, alors qu'une population plus passive risque d'être confortée dans sa passivité par des institutions qui renforcent les „élites“ qui agissent loin de la population.

Ces réflexions montrent dans quelle mesure le développement de la démocratie directe devrait être une priorité dans toute l'Europe. Un tel développement permettrait aux populations de prendre en main les affaires, de mieux contrôler les „élites“ politiques et ainsi d'être moins portées à faire



prônent une participation plus directe de la population aux décisions importantes. La route vers cet objectif est pourtant longue. Il ne suffit pas que les institutions correspondantes soient mises en place, il faut aussi apprendre à s'en servir. La tendance des „éлитes“ à contrecarrer toute initiative populaire est forte et le restera toujours.

Le développement actuel de l'UE est à la fois favorable et défavorable au développement d'institutions de démocratie directe. D'une part, et malgré une passivité répandue dans les populations, il y a de plus en plus de mouvements de protestations qui essayent d'influencer le cours des choses. Cette situation pourrait permettre aux partisans de la démocratie directe de faire valoir leurs idées. Beaucoup de nos contem-

porains sont suffisamment éduqués pour ne pas vouloir laisser aux seuls politiques le soin de prendre des décisions et dépenser l'argent du contribuable sans consulter celui-ci.

D'un autre côté la crise de l'UE peut aussi favoriser l'émergence de groupements d'extrême droite. Les partisans de l'extrême droite se prononcent souvent en faveur de la démocratie directe et risquent ainsi à la discréditer. Il y a donc un danger que les institutions anti-démocratiques de l'UE soient défendues par des gens uniquement par réflexe anti-extrême-droite. C'est dommage, car il ne faut pas laisser la défense de bonnes idées à l'adversaire politique, surtout quand celui-ci ne respecte pas vraiment les valeurs démocratiques. ■

suite de la page 12

En même temps, les Verts se sont toujours prononcés pour la libre circulation des personnes en tant que droit fondamental, contrairement au PS qui, à chaque extension de ce principe, afficha des réticences. L'historien et ancien conseiller national vert Jo Lang remarqua à ce sujet que „le PS pour qui l'adhésion à l'Europe fut un principe sacré tout au long des années 90, commence aujourd'hui à souscrire aux thèses nationalistes les plus profanes“.

Depuis l'adoption du programme de 2006 disponible sur le site internet des Verts suisses – programme qui peut satisfaire aussi bien les adversaires et les défenseurs d'une adhésion à l'UE – l'adhésion de la Suisse à l'UE n'est plus un sujet à l'ordre du jour chez les Verts suisses. Lors des élections nationales l'organisation pro-UE „Nouveau mouvement européen suisse“⁽³⁾ a l'habitude de publier des recommandations électorales („Label Europe“). En 2011, seule une petite moitié des Verts élus au Parlement signèrent cette déclaration qui en fait n'est pas un manifeste pour l'adhésion à l'UE, mais qui stipule seulement que les signataires sont prêts à contribuer à un processus qui pourrait aboutir à une adhésion à l'UE dans des conditions avantageuses pour la Suisse. Nombre de poids lourds du parti vert, comme les deux co-présidentes Regula Rytz et Adèle Thorens, les présidents ancien et nouveau de la fraction des Verts au Parlement, Antonio Hodgers et Balthasar Glättli, la présidente pour 2013 du Conseil National, Maja Graf, ainsi que les euro-sceptiques Daniel Vischer et Geri Müller manquent sur la liste des signataires.

Initiative sur les denrées alimentaires contre la libéralisation des marchés de l'UE

Les Verts suisses se sont prononcés en 2012 contre l'accord de libre-échange agricole – enterré depuis par le Conseil des Etats - avec les arguments suivants: „Les denrées alimentaires sont une nécessité vitale et ne peuvent pas être mises sur un pied d'égalité avec n'importe quelle autre marchandise. Pour cette raison, elles ne peuvent pas être soumises aux seules règles du libre-échange. Au contraire, la production locale doit être favorisée - en Suisse comme ailleurs. Une agriculture vivante de proximité garantit un approvisionnement sûr de

denrées alimentaires saines.“ On ne peut que souscrire à ces phrases – mais elles ne sont pas conformes aux principes de l'UE!

C'est dans ce sens que les Verts suisses ont lancé en janvier 2014 une initiative sur les denrées alimentaires. Il s'agit d'imposer aux denrées alimentaires importées les critères de qualité et de production en vigueur en Suisse. Le principe „Cassis de Dijon“ serait ainsi abandonné. Malgré le fait que cette initiative va clairement à l'encontre du principe de libre-échange en vigueur dans l'UE, les relations Suisse-UE n'ont joué aucun rôle lors des discussions internes au parti sur la formulation exacte du texte de l'initiative. A tort peut-être, car n'oubliions pas qu'actuellement un accord de libre-échange transatlantique TAFTA (Transatlantic Free Trade and Investment Agreement) est mis au point dans des pourparlers secrets entre les USA et l'UE, négociations auxquelles seuls les 600 plus grands trusts des deux continents ont été invités à participer! Si ce projet devait se concrétiser, l'initiative des Verts sur les denrées alimentaires pourrait très vite devenir un sujet explosif touchant directement les relations Suisse-UE. Car dans le cadre de cet „OTAN économique“, comme on l'appelle déjà, les Etats jusqu'au niveau des communes se verraien interdire toute entrave du libre-échange, que ce soient des critères de qualité ou de production imposées aux marchandises.

Il se pourrait donc que les Verts suisses soient à nouveau bientôt confrontés à une décision historique comme il y 25 ans: il faudra choisir entre un espace économique organisé de façon centralisée et préconisant une croissance économique sans limite et la défense de l'autodétermination démocratique et de l'économie locale. ■





Dramatisches Kürzungsprogramm Frankreichs spiegelt dessen Bedeutungsverlust in der EU

Auf dem Weg in die Zweite Liga

Trotz heftiger Proteste zahlreicher Abgeordneter stimmte das französische Parlament am Dienstag, den 29.4.2014, einem von Berlin inspirierten dramatischen Kürzungsprogramm zu. Das Programm sieht Einsparungen in Höhe von 50 Milliarden Euro für die Jahre von 2015 bis 2017 vor, von denen allein 21 Milliarden im sozialen Bereich geplant sind, zehn davon bei der Krankenversorgung. Die Maßnahme bereitet Vergünstigungen für die Wirtschaft vor, die auf 30 bis 40 Milliarden Euro beziffert werden. Die Umverteilung von den Mittel- und Unterschichten hin zur Industrie folgt dem deutschen Vorbild („Agenda 2010“, „Hartz IV“), dessen Nachahmung durch die Eurostaaten Berlin im Rahmen der Eurokrise durchgesetzt hat. Paris steht unter massivem Druck: Die deutsche Industrie drängt mit ihren Exporten die französische Konkurrenz immer stärker zurück; das französische Außenhandelsdefizit erreicht neue Höchstwerte, die französische Industrie gerät immer tiefer in die Krise. Jüngster Ausdruck dessen ist der sich abzeichnende Ausverkauf des Traditionskonzerns Alstom, dessen Hauptanteile Siemens übernehmen will, um mit einem „europäischen“ Auftritt dem US-Rivalen General Electric (GE) Konkurrenz an der Weltspitze zu machen.

In www.german-foreign-policy.com

Umverteilung

Im französischen Parlament wurde zwar heftig über das 50 Milliarden Euro schwere Kürzungsprogramm debattiert, das die Regierung in Paris Ende April beschlossen hatte. Das Programm sieht vor, im Zeitraum von 2015 bis 2017 18 Milliarden Euro im Regierungsetat einzusparen, elf Milliarden Euro bei den Gebietskörperschaften und 21 Milliarden Euro im sozialen Bereich. Zehn von den 21 Milliarden sollen bei den Krankenkassen gestrichen werden, etwa durch die Verkürzung von Krankenhausaufenthalten oder durch Einschnitte bei den Medikamenten; elf Milliarden will die Regierung unter anderem durch das Einfrieren von Renten und Sozialleistungen aufbringen. Die Maßnahmen werden vor allem die Mittel- und Unterschichten treffen.

Gleichzeitig bereitet die Regierung erhebliche Begünstigungen für die Industrie vor; von Vorteilen in Höhe von 30 oder sogar 40 Milliarden Euro – etwa aus Steuersenkungen – ist die Rede. Die Maßnahmen stießen in der Bevölkerung auf massiven Unwillen und führten zu erheblicher Unruhe in der sozialistischen Parlamentsfraktion. Um den Protesten den Wind aus den Segeln zu nehmen, hat die Regierung im Vorfeld leichte Abmilderungen angekündigt; so sollen etwa Niedrigrenten bis 1'200 Euro vom Einfrieren ausgenommen werden.

Niederlage und Niedergang

Mit dem Kürzungsprogramm zieht die Regierung unter Präsident François Hollande zum einen die Konsequenz aus ihrer endgültigen Niederlage im Kampf gegen die deutschen Austeritätsdiktate für die Eurozone.¹⁾ Diesen Kampf zu führen hatte Hollande Anfang 2012 im Wahlkampf versprochen und damit einen beeindruckenden Wahlsieg erreicht. Zum anderen zielt die Umverteilung weg von den Mittel- und Unterschichten hin zur Wirtschaft darauf ab, den aktuellen Niedergang der französischen Industrie zu stoppen. Dieser ist in starkem Maß der Kombination aus der Einführung des Euro und der

¹⁾ S. dazu Le modèle Gerhard Schröder, <http://www.german-foreign-policy.com>

gleichzeitigen deutschen Austeritätspolitik unter der rot-grünen Bundesregierung geschuldet. Aktuelle Angaben zu der Entwicklung liefert eine neue Analyse der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP).

Mehr Armut denn je

Wie der Autor der DGAP-Analyse festhält, hat in Frankreich seit den 1990er Jahren ein „postindustrielle(r) Keynesianismus“ dominiert: „Arbeitszeitverkürzung und Ausweitung des französischen Sozialmodells“ seien letztlich durch „Mehrbelastung für die Unternehmen“ finanziert worden. Die Entwicklung in Deutschland sei „bekanntlich genau entgegengesetzt“ verlaufen: Dort habe es eine „Dämpfung der unternehmerischen Kostenelemente“ gegeben.²⁾ Ihren vorläufigen Gipelpunkt fand die deutsche Industrieförderung in der „Agenda 2010“ („Hartz IV“) der rot-grünen Bundesregierung. Deren soziale Folgen wiegen schwer. „Die Einkommensarmut in Deutschland befindet sich mit einer Quote von 15,2 Prozent auf einem neuerlichen Rekordhoch“, hält der Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, Ulrich Schneider, bei der Vorstellung des „Armutsberichts“ im Dezember 2013 fest. Schneider konstatierte eine „Ausdehnung des Niedriglohnsektors“ und den „Anstieg nicht auskömmlicher Teilarbeitszeit und prekärer Beschäftigungsverhältnisse in den letzten zehn Jahren“ und stellte fest: „Die Spaltung von Arm und Reich hat in Deutschland deutlich zugenommen. ... Die Bundesrepublik Deutschland war noch nie so tief gespalten wie heute.“³⁾

Milliardenabflüsse

Mit ihrem Verzicht bezahlen die verarmenden Teile der deutschen Bevölkerung den machtvollen Aufstieg der deutschen Industrie. Während „die Kosten einer Arbeits-

²⁾ Markus Gabel: Stärken und Schwächen des „Made in France“. DGAPanalyse No. 2, Februar 2014.

³⁾ Zwischen Wohlstand und Verarmung – Deutschland vor der Zerreißprobe: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung 2013. Statement von Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes, anlässlich der Präsentation des Armutsberichts 2013 in der Bundespressekonferenz am 19.12.2013.



stunde“ von 2000 bis 2013 in Frankreich „um fast 50 Prozent gestiegen“ seien – bei gut 40 Prozent im Eurozonendurchschnitt –, hätten sie in Deutschland lediglich um 24 Prozent zugenommen, heißt es in der DGAP-Analyse. Das sei eine wichtige Ursache für die deutschen Exporterfolge. Hinzu komme, dass Frankreich in deutlich geringerem Maß als Deutschland Niedriglohnstandorte in Osteuropa und außerhalb des Kontinents nutze. Aus der Untersuchung geht hervor, dass Frankreich seit der Einführung des Euro – diese ließ ausgleichende Währungsabwertungen nicht mehr zu – seinen geringeren Rückgriff auf Niedriglohn à la Deutschland nicht mehr kompensieren kann. So habe sich „sein Anteil am Export von Gütern und Dienstleistungen aus der Eurozone von 16,6 auf 12,8 Prozent verringert“, während der deutsche Anteil 31 Prozent erreiche – fast ein Drittel.⁴⁾ Dass die deutsche Industrie immer öfter in der Lage ist, französische Rivalen niederzukonkurrieren, zeigt sich nicht nur im relativen Rückgang der französischen Exporte, sondern auch in steigenden deutschen Lieferungen nach Frankreich. Konnte Paris – nach Jahrzehnten einer ausgeglichenen Handelsbilanz – in den 1990er Jahren sogar Außenhandels-Überschüsse vermelden, so führten die Konkurrenzachteile vor allem gegenüber Deutschland ab 2003 zu einem rapiden Anstieg des Außenhandelsdefizits, das 2013 mit 76 Milliarden Euro einen neuen Höchststand erreichte. Fast die Hälfte davon, 36,2 Milliarden Euro, gingen auf das Konto der Bundesrepublik. Laut Angaben der Bundesbank sind allein in den Jahren von 2002 bis 2011 – neben Waren auch Dienstleistungen und weitere Faktoren von geringerem Gewicht eingerechnet – 247,5 Milliarden Euro aus Frankreich nach Deutschland abgeflossen – fast eine Viertelbillion Euro.

„Weg vom Sozialstaat“

Weil dies auf Dauer in den Zusammenbruch führt und die deutschen Austeritätsdiktate bisher nicht zugunsten einer anderen Wirtschaftspolitik zu brechen waren – auch aufgrund fehlender Protestbereitschaft in der deutschen Bevölkerung –, ist Paris nun zur Nachahmung der Berliner Umverteilung weg von den Mittel- und Unterschichten hin zur Industrie gezwungen. Ob dies zum Erfolg führt, daran bestehen erhebliche Zweifel. Zum einen ist unklar, ob die Betroffenen in Frankreich die Kürzungen ebenso umstandslos hinnehmen werden wie in Deutschland; zum anderen dringen in der Bundesrepublik Ökonomen auf erneute Kürzungen bei den Sozialleistungen. Für den bundesdeutschen Etat seien „vor allem die Sozialausgaben“ ein Problem, hat Thomas Straubhaar, der Direktor des Hamburgischen WeltWirtschafts-Instituts (HWWI), erklärt: „Wir müssen weg vom konsumtiven zurück zum investiven Staat. Das allerdings – man muss es in aller Klarheit sagen – bedeutet, dass man an vielen Stellen den Sozialstaat beschränken muss“.⁵⁾ Für Deutschland liefen dies auf weitere Verarmung hinaus – für Frankreich hingegen auf die klare Unmöglichkeit, den Austeritätsvorsprung der

⁴⁾ Markus Gabel: Stärken und Schwächen des „Made in France“. DGAPanalyse No. 2, Februar 2014.

⁵⁾ „Weniger Sozialstaat, dafür bessere Straßen“. www.welt.de 28.04.2014.

Bundesrepublik jemals einzuholen.



In heller Aufregung

Unter welchem Druck Frankreich dabei steht, verdeutlicht das Tauziehen um die Zukunft des französischen Traditionskonzerns Alstom. Alstom ist in eine gravierende Krise geraten. Als das vor etwa zehn Jahren schon einmal der Fall war, sprang Paris mit Staatshilfen stabilisierend ein. Dies gilt heute aufgrund der angespannten Haushaltsslage als ausgeschlossen. Kürzlich hat die US-Firma General Electric (GE) angekündigt, Alstom übernehmen zu wollen. Um das zu verhindern, dient die französische Regierung das Unternehmen nun dessen deutschem Rivalen Siemens an. Hintergrund ist offenkundig die Ansicht, bei einer Übernahme innerhalb der EU gebe es bessere Möglichkeiten, auf die Entwicklung zumindest der Konzernstandorte in Frankreich Einfluss zu nehmen, als im Fall eines Ausverkaufs in die USA. Über die Bedeutung des Vorgangs für Paris heißt es in einem deutschen Zeitungskommentar: „Wer sich in die Lage der Franzosen hineinversetzen möchte, möge sich vorstellen, Siemens – das deutsche Pendant zu Alstom – wäre plötzlich Gegenstand von zwei ausländischen Übernahmeangeboten. Kein Wunder also, dass Frankreich in heller Aufregung ist. Einer der letzten großen klassischen Industriekonzerne des Landes ... könnte bald die Unabhängigkeit verlieren.“⁶⁾

„European Electric“ gegen GE

Aktueller Stand der Debatte ist, dass Siemens rund die Hälfte seiner Transportsparte an Alstom abgeben könnte, um dafür dessen Energiegeschäft zu übernehmen. Letzteres macht rund 70 Prozent des gegenwärtigen Alstom-Umsatzes aus. Siemens wolle, heißt es, durch die Alstom-Hauptanteile gestärkt, auf dem Weltmarkt als „European Electric“ den Kampf gegen General Electric (USA) um die Weltpolitik in Angriff nehmen. Während sich damit ein neues Element transatlantischer Rivalität abzeichnet, nähme die Berliner Dominanz in der EU beim Zustandekommen des Tauschhandels weiter zu. Während noch vor wenigen Jahren davon die Rede war, die EU werde von Deutschland und Frankreich, einem „Tandem“, „auf Augenhöhe“ geführt, urteilt ein Kommentator jetzt trocken: „Der industrielle Abstieg Frankreichs in die zweite Liga schreitet ... voran.“

Weitere Berichte und Hintergründe zur Entwicklung der deutsch-französischen Beziehungen finden Sie unter <http://www.german-foreign-policy.com>: „Nicht mehr auf Augenhöhe“, „Versöhnung und Kollaboration“, „Zuallererst mit Deutschland“, „Europas erste Adresse“, „Die Abkopplung Frankreichs“, „Deutschland 001“, „Le modèle Gerhard Schröder“, „Die Agenda 2020 und Kriegsrat in Paris“. [29.04.2014], <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58849>. ■



⁶⁾ Christian Schubert: Alstom auf dem Abstiegspfad. Frankfurter Allgemeine Zeitung 28.04.2014.



Flächentarifvertragssysteme werden durch die EU systematisch ausgehöhlt

„Die Gewerkschaften werden fallen wie die Berliner Mauer“

„Die Gewerkschaften werden fallen wie die Berliner Mauer“, dieser Ausspruch wird von einer spanischen Ministerin kolportiert, nachdem unter dem Druck der EU dort ein Abbau von gewerkschaftlichen Errungenschaften durchgesetzt worden war, „den sich Arbeitgeber und rechtsgerichtete Regierungen zuvor nicht einmal zu fordern trauten“ (Guglielmo Meardi).

Von Gerald Oberansmayr

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission hat im „Labour Market Development“-Bericht 2012 publiziert, was ihre Vorstellungen von „beschäftigungsfreundlichen Reformen“ sind:

- Absenken der Sozialversicherungsbeiträge (das bedeutet: Reduzierung der Budgets für Gesundheit und Altersversorgung)
- Reduktion der Arbeitslosenunterstützung
- Lockerung des Kündigungsschutzes, Ausweitung von Probezeiten, Flexibilisierung der Arbeitszeit, Reduktion von Überstundenzuschlägen
- Senkung von Mindestlöhnen
- Abbau von kollektivvertraglichen Regelungen zugunsten „dezentralisierter“ Lohnfindung
- Deklariertes Ziel: „Reduktion der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht“¹⁾

Diese Vorstellungen der Kommission sind keine Papiertiger, im Gegenteil: Dort wo die Kommission direkten Zugriff hat, also vor allem bei jenen Ländern, die das EU-Konkurrenzregime unter die „Rettungsschirme“ der sog. „Troika“ (EU-Kommission, EZB, IWF) getrieben hat, wird diese Politik brutal durchgesetzt.

Vier Stroßrichtungen sind dabei erkennbar:

Erstens: Beendigung oder Abschaffung von Tarifverträgen auf nationaler Ebene. In Griechenland etwa wurde auf Druck der „Troika“ gleich der nationale Kollektivvertrag außer Kraft gesetzt und eine 22% Reduktion der Mindestlöhne, bei Beschäftigten bis 25 Jahre sogar eine Kürzung von 31 Prozent dekretiert. Auch in Irland und Rumänien wurden unter EU-Druck die nationalen Kollektivverträge ausgehebelt.

Zweitens: Erweiterung betrieblicher Abweichungsmöglichkeiten von sektoralen Flächentarifverträgen. In Spanien und Italien etwas wurde das sog. „Günstigkeitsprinzip“ abgeschafft, sodass nunmehr betriebliche Vereinbarungen unbeschränkten Vorrang vor kollektivvertraglichen haben.

Drittens: Verschärfung der Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. So wurden z.B. in Portugal auf Druck der Troika hohe Hürden für eine AVE eingeführt, so dass in Zukunft nur noch wenige Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden dürfen. Die Bindeglieder kollektiver Aushandlungen sinkt damit dramatisch.

¹⁾ Europäische Kommission (2012): Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy Nr. 5/2012,

Viertens: Auflösung des gewerkschaftlichen Verhandlungsmonopols, indem nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen das Recht zu betrieblichen Tarifvereinbarungen erhalten. In Ländern wie Spanien, Griechenland und Portugal wurde auch nicht-gewerkschaftlichen ArbeitnehmerInnen das Verhandlungsrecht eingeräumt, um betriebliche Abweichungen von Kollektivverträgen auch dort durchzusetzen, wo es keine gewerkschaftlichen Verhandlungspartner auf betrieblicher Ebene gibt.

„Die Gewerkschaften werden fallen wie die Berliner Mauer“

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin des DGB „Gegenblende“ kommt zu einem alarmierenden Befund: „Die Folgen der durch die Troika propagierten Strategie der radikalen Dezentralisierung sind bereits heute unübersehbar. Ehemals starke Flächentarifvertragssysteme werden systematisch ausgehöhlt und zerstört. Mehr noch: Der Tarifvertrag selbst – als Instrument einer kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen – verliert deutlich an Bedeutung. So hat sich z.B. in Spanien die Anzahl der im Jahr 2012 gültigen Tarifverträge in nur zwei Jahren gegenüber dem Jahr 2010 fast halbiert. In vielen Ländern mündet der Umbau der Tarifvertragssysteme in einen dramatischen Rückgang der Tarifbindung. Schließlich kommt es auch zu einem massiven Machtverlust der Gewerkschaften, die vor dem Hintergrund des krisenbedingten Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, erhebliche Kürzungen der (Real-)Löhne zu verhindern.“²⁾

Auch die Europäische Zentralbank macht den Ankauf von Staatsanleihen angeschlagener EU-Staaten von der Durchführung neoliberaler Arbeitsmarktreformen abhängig. Guglielmo Meardi, Professor für industrielle Arbeitsbe-

ziehungen an der Universität Warwick kommt daher zum Schluss, dass in Spanien und Italien, „die Reformen von 2011-12 ohne die direkte institutionelle Intervention der EU nicht denkbar gewesen wären. In wenigen Monaten haben die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank das erreicht, was sich die spanischen und italienischen

²⁾ Thorsten Schulzen, in: Gegenblende, 12.5.2013



Arbeitgeber und rechtsgerichtete Regierungen nicht einmal zu fordern trauten“.³⁾ Von einer spanischen Ministerin wird in diesem Zusammenhang die Kampfansage kolportiert: „Die Gewerkschaften werden fallen wie die Berliner Mauer.“⁴⁾

Nulllohnrunden, Aufspaltung der KV-Verhandlungen, 12-Stunden-Tag...

Die Angriffe auf die Kollektivverträge sind freilich nicht auf jene EU-Länder beschränkt, die unter der direkten Vormundschaft der europäischen „Rettungsschirme“ stehen. Der sog. Euro-Plus-Pakt, der auch von der österreichischen Regierung unterzeichnet worden ist, drängt die Mitgliedsstaaten in Richtung dazu, Tarifverträge in Frage zu stellen und Lohnzurückhaltung, vor allem im öffentlichen Sektor, zu üben. Kaum war die Tinte Faymanns, Österreichischer SPÖ-Bundeskanzler, unten diesen Pakt trocken, wurden auch schon die Nulllohnrunden im Öffentlichen Dienst verordnet.

Mit neuen EU-Verordnungen stehen der EU-Kommission mittlerweile auch scharfe Werkzeuge zur Verfügung, direkt in die Lohn- und Sozialpolitik der Mitgliedsstaaten zu intervenieren. Es wundert daher wenig, dass die Kapitalsseite auch in Österreich Morgenluft wittert, um mit dem Rückwind aus Brüssel Kollektivverträge zu attackieren. Speerspitze dieser Attacken ist offensichtlich die exportorientierte Großindustrie, die etwa die Aufspaltung der KV-Verhandlungen im Metallbereich durchsetzte. Der nächste Angriff auf kollektive Arbeitsbestimmungen läuft derzeit bei der Arbeitszeit. Über Betriebsvereinbarungen bzw. Einzelverträge soll der Weg in den 12-Stundenarbeitstag „gleitend“ geebnet werden.

Die ArbeitnehmerInnen in Österreich zählen zu den großen VerliererInnen des EU-Beitritts. Nettoreal pro Arbeitnehmer gab es zwischen 1995 und 2012 keine Reallohnerhöhungen mehr, obwohl in diesem Zeitraum die reale Wirtschaftsleistung je Beschäftigten um über 23% gestiegen ist. Die durchschnittlichen Realeinkommen der ArbeiterInnen sanken zwischen 1998 und 2011 um 12% (Rechnungshofbericht 2012, Rechnungshof). Die Arbeitslosigkeit befindet sich auf Rekordhoch. Auch bei ÖGB und AK beginnt die Erkenntnis zu reifen, worin der machtpolitische Kern der EU besteht. Lukas Oberndorfer von der AK-Wien: „Strategisch handelnde Akteure mit entsprechenden Interessen (nationale Staatsapparate [zB Finanzministerien], transnationale Investoren, Geldvermögensbesitzer, die Kommission,...) verschieben u. a. die Wirtschafts- und Währungspolitik auf die europäische Ebene, weil sie sich davon eine erleichterte Durchsetzung ihrer Interessen erwarten.“⁴⁾

Diese Verschiebung der Macht zugunsten der großen Industrie- und Finanzkonzerne ist auf EU-Ebene im Primärrecht einzentriert. Dazu der Staatsrechtler Andreas Fishan von der Universität Bielefeld: „Die konstitutionellen Grundlagen der Europäischen Union schotten diese gegen eine sozialreformatorische Politik ab, lassen eine Umstellung in Richtung einer

solidarischen Ökonomie nicht zu, weil diese mit den normativen Vorgaben des europäischen Primärrechts nicht übereinstimmt [...] Die programmatischen Festlegungen des europäischen Primärrechts sind so eng, dass sie Politik nur in einer ganz besonderen, nämlich neoliberalen Weise zulassen“⁵⁾.

Eine realistische Alternative

Dazu muss man wissen: Nichts ist so einbetoniert wie EU-Primärrecht. Denn eine Veränderung des EU-Primärrechts ist nur möglich, wenn sich in allen 28 Mitgliedsstaaten Verfassungsmehrheiten bzw. Mehrheiten bei Volksabstimmungen dafür finden – gleichzeitig. Das ist – vor allem für Bewegungen von unten – faktisch unmöglich. Einen realistischeren Weg propagiert die Solidarwerkstatt: den Austritt Österreichs aus der EU, um wieder den Raum aufzumachen für eine solidarische Wirtschafts- und Sozialpolitik. Aber – Hand aufs Herz – auch das wird schwer genug. ■

⁵⁾ Andreas Fishan, Herrschaft im Wandel, in: PapyRossa, Köln

Kurzinfos

EU-Saatgutmarkt in den Händen nur weniger Konzerne

Der Handel mit Saatgut in der Europäischen Union weist eine hohe Konzentration auf. Einer Studie im Auftrag der Grünen/EFA zufolge teilen sich in manchen Sparten lediglich eine Handvoll Unternehmen die Marktmacht auf. So entfallen beim Mais rund drei Viertel des Marktanteils auf nur fünf Saatgutfirmen. Auch der Gemüsesaatgutsektor, der elf Prozent des EU-Saatgutmarktes ausmacht, ist hochgradig konzentriert. Etwa 95 Prozent des EU-Marktes verteilen sich auf nur fünf Unternehmen. Die Folgen dieser Marktkonzentrationen seien verheerend und bedeuteten einen Verlust an Biodiversität, sagte der Europaabgeordnete und agrarpolitische Sprecher der Grünen Martin Häusling.

Nach Schätzungen der Lebensmittel- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) ist die Vielfalt der Kulturpflanzen allein im 20. Jahrhundert um 75 Prozent zurückgegangen. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, würde bis 2050 etwa ein Drittel der heutigen Vielfalt verschwinden. Für die Landwirte bedeutet dies höhere Kosten beim Erwerb von Saatgut.

Dieses Jahr will die EU eine neue Saatgutverordnung verabschieden. Dagegen protestieren seit Langem Initiativen wie „Save our Seeds“ oder die Saatgutkampagne. Mitte Januar haben alle Fraktionen des Europäischen Parlaments Anträge eingebracht, den Vorschlag der EU-Kommission abzulehnen und ihn an die Kommission zurückzuverweisen. umwelt aktuell, März 2014, S. 17

³⁾ Meardi, Guglielmo (2012), Employment relations under external pressure: Italian and Spanish reforms in 2010-12. International Labour Process Conference, Stockholm 27-29 March

⁴⁾ zit. nach Lukas Oberndorfer, AK-Wien, Autokratische Wende in der EU?, gpa-djp, Juni 2012



Das Investitionsschutzkapitel des Abkommens erlaubt es Konzernen, vor einem „Schiedsgericht“ zu klagen, wenn sie ihre Gewinnerwartung durch politische Entscheidungen eines Staates verletzt sehen.

Das geheim verhandelte Freihandelsabkommen TTIP gefährdet die Demokratie

„Nichts wünschen wir uns mehr als ein Freihandelsabkommen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten“, schwärzte Angela Merkel im Februar 2013 vor dem Bund der Deutschen Industrie.¹⁾ Was motiviert die deutsche Bundeskanzlerin zu solch einer Aussage? Es ist die Aussicht auf mehr Wachstum und Arbeitsplätze. In der dann größten Freihandelszone der Welt mit weit mehr als 800 Millionen Einwohner/innen werden heute schon rund die Hälfte des globalen Brutto-inlandsproduktes erwirtschaftet und ein Drittel des Welthandels bestritten.

Von Roman Huber, Mehr Demokratie München

Die Einschätzungen der Vorteile, die so ein Abkommen bringt, driften naturgemäß weit auseinander. Die Europäische Kommission selbst rechnet bis zum Jahr 2027 mit einem Wachstum des realen Einkommens der EU von bis zu 0,48 Prozent.²⁾ Es geht also um eine gewisse, eher geringe Wachstumssteigerung in zehn Jahren. Dagegen sind die Nachteile abzuwägen.

Wirtschaft oder Staat, wer entscheidet?

Nun, es geht um weit mehr als freien Handel und Investitionschutz. Wenn dieses Abkommen in Kraft tritt, verschiebt sich damit das heute schon schiefe Machtverhältnis zwischen den großen transnationalen Konzernen und den Staaten weiter in die falsche Richtung. Die Wirtschaft erzeugt nach wie vor die Grundlagen unseres Lebens. Es kann also nicht darum gehen, „wirtschaftsfeindlich“ zu sein. Es geht darum zu überlegen, wie Wirtschaft gestaltet wird. Zudem sollten die Interessen der Großkonzerne nicht mit den Interessen der hunderttausenden kleinen und mittelständischen Betriebe verwechselt werden.

In Europa haben wir uns für das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft entschieden, dies ist auch in den europäischen Verträgen so festgelegt (EUV Artikel 3, Absatz 3). Das Wesen dieses Wirtschaftssystems ist, dass der Staat den Ordnungsrahmen für die Wirtschaft definiert, also die Spielregeln bestimmt und einen sozialen Ausgleich schafft. Das Grundgesetz definiert wiederum in Artikel 20 die entscheidenden Ordnungsprinzipien für den deutschen Staat: Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit. Das Abkommen würde – zum aktuellen Verhandlungsstand – diese Grundlagen unseres Zusammenlebens empfindlich verletzen. Deshalb mischt sich Mehr Demokratie ein. Es geht um mehr als Chlorhühnchen, Gentechnik oder Hormonfleisch.

¹⁾ zitiert nach: „Die Welt“ vom 2. Februar 2013: „USA und EU forcieren gigantische Freihandelszone“.

²⁾ Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Centre for Economic Policy Research (CEPR 2013). Wir fordern Volksabstimmungen über das TTIP und vergleichbare Abkommen!

Konzernklagen: Gefahr für den Rechtsstaat

Besonders kritisch ist das Investitionsschutzkapitel des Abkommens mit dem sogenannten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren (ISDS). Dieses Verfahren erlaubt Konzernen, vor einem „Schiedsgericht“ zu klagen, wenn sie ihre Gewinnerwartung durch politische Entscheidungen eines Staates verletzt sehen. Konzerne selbst können nicht verklagt werden. Solche „Schiedsgerichte“ sind keine Gerichte im herkömmlichen Sinne. Sie bestehen ausschließlich aus Anwälten, die in einem Prozess die Rolle des Kläger-Anwalts, im nächsten Verfahren die Rolle des Anwalts der Beklagten, und ein anderes Mal die Rolle des Richters übernehmen. Eine exklusive Minderheit von hoch bezahlten Rechtsexpert/innen entscheidet also über Entschädigungen in Milliardenhöhe – die Steuerzahler/innen dann bezahlen müssen. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich, Berufungsmöglichkeiten gibt es nicht.

Auf eine solche Investitionsschutzklausel in einem anderen Abkommen beruft sich heute schon Vattenfall – und verklagt derzeit Deutschland auf 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz für den Atomausstieg. Erfunden wurde diese Gerichtsverfahren, um Investitionen in Staaten mit fehlender oder nicht unabhängiger Gerichtsbarkeit zu schützen. Dies trifft weder auf die USA noch die EU zu, hier wird die bestehende Justiz umgangen.

Gefahren für die Demokratie

a) Fehlende Transparenz

Die Verhandlungen finden zwischen der EU-Kommission, vertreten durch den Handelskommissar, und dem US-Handelsministerium statt. In der EU haben weder die Mitgliedsstaaten noch die anderen Mitglieder der EU-Kommission noch gar die Abgeordneten von Europaparlament und nationalen Parlamenten Einblick in die Verhandlungsdokumente. Der Skandal dabei: Einige hundert Industriobbyist/innen verfügen dagegen über einen exklusiven Zugang zu den Verhandlungen und können ihre Interessen direkt in den Vertrag einbringen. Die





«TTIP»

EU-Kommission will die Verhandlungen geheim abschließen und den Parlamenten dann nur noch die Wahl zwischen Zustimmung und Ablehnung lassen. Nach dem Motto: Friss Vogel oder stirb! Wir kennen dies bereits von der Eurorettungspolitik.

b) Parlamente werden systematisch geschwächt

Das könnte auch anders laufen. In den USA versucht Präsident Barack Obama seit Monaten, für seine handelspolitische Agenda die sogenannte „Fast Track Authority“ vom Kongress zu bekommen.³⁾ Der US-Kongress hat nämlich das Recht, bei Handelsabkommen mitzureden. Wenn ein Verhandlungsergebnis in Form eines fertigen Vertragsentwurfes vorliegt, kann er den Entwurf Punkt für Punkt durchgehen und der Regierung Nachverhandlungsaufträge erteilen. Das verzögert unter Umständen natürlich die Verabschiedung – jedenfalls dann, wenn die Regierung die Wünsche der Abgeordneten im Verhandlungsprozess nicht berücksichtigt. Um das zu vermeiden, kann sich die Regierung die sogenannte „Fast Track Authority“ bewilligen lassen – dann verzichtet der Kongress auf diese Rechte und ist einverstanden, dass er am Ende einen Vertragsentwurf bekommt, den er nur in Gänze annehmen oder ablehnen kann. Obama hätte dies gerne, aber er bekommt es nicht. Fast Track ist in Europa der Normalfall, in Brüssel wie in Berlin.

c) Wirtschaftslobby künftig Co-Autor der Gesetzgebung?

Hinter dem Stichwort „regulatorische Kooperation“ verbirgt sich ein weiteres Demokratieproblem. Das TTIP könnte die Art und Weise, wie in der EU Gesetze und Regulierungen verabschiedet werden, fundamental verändern: Lange bevor Parlamente bestimmte Vorschläge zu Gesicht bekämen, hätten US-Regierung und Unternehmen weitreichende Konsultations- und Einflussmöglichkeiten. US- und EU-Lobbyverbände wie die American Chamber of Commerce und Business Europe sprechen hierzu Klartext: „Interessengruppen würden mit Regulierern zusammen an einem Tisch sitzen, um gemeinsam Gesetze zu schreiben.“⁴⁾ Wer schon ganz zu Beginn dabei ist, hat natürlich die besten Chancen, bestimmte Prozesse in seinem Sinne zu beeinflussen oder gar zu verhindern.

TTIP und Volksentscheide

Die Ergebnisse eines solchen Abkommens – neben TTIP geht auch vom CETA-Abkommen, das derzeit mit Kanada verhandelt wird, eine ähnliche Gefahr aus – sind kaum mehr zurückzudrehen und betreffen gleichzeitig unmittelbar das Leben von Millionen von Menschen. Die TTIP-Bestimmungen werden für alle Ebenen bindend sein (EU, Bund, Länder, Gemeinden); damit werden ganze Politikfelder dem Einfluss der gewählten und demokratisch legitimierten Politik und auch Volksentscheiden entzogen. Bevor das Abkommen in Kraft tritt, muss das EU-Parlament zustimmen, zudem müssen es vermutlich auch die einzelnen Mitgliedsstaaten ratifizieren.

³⁾ Jürgen Maier: „Freihandelsabkommen – Die Entmachtung der Parlamente“, Eröffnungsrede beim 2. Zivilgesellschaftlichen Außenwirtschaftsforum in Berlin am 24. Februar 2014, abrufbar unter <http://tinyurl.com/juergenmaier>.

⁴⁾ Pia Eberhardt: „Weniger Demokratie wagen?“, in: „TTIP: No We Can’t“, abrufbar unter <http://tinyurl.com/no-ttip>

Das geschieht in der Regel durch die Parlamente, in einzelnen Ländern sind aber auch Volksentscheide möglich. Wird der Vertrag von nur einem EU-Staat nicht ratifiziert, ist er gescheitert. *Mehr Demokratie* fordert einen Volksentscheid in Deutschland über TTIP. Ein so weit gehender Vertrag braucht die Zustimmung aller Bürger/innen! ■

Kurzinfos

Streit nach neuem Flüchtlingsdrama

Die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer in der ersten Mai-Hälfte 2014 hat wieder einen Streit zwischen Italien und der EU ausgelöst. Regierungschef Renzi beklagte, Europa rette Banken, doch lasse es Mütter mit ihren Kindern sterben. Italiens Regierung hat schwere Vorwürfe an die EU gerichtet, nachdem am Sonntag und Montag den 11. Und 12. Mai 2014 Dutzende von afrikanischen Bootsflüchtlingen bei der Überfahrt von Libyen nach Lampedusa und Sizilien umgekommen waren. Ministerpräsident Renzi beklagte, dass sein Land von Europa im Stich gelassen werde. Es sei skandalös, dass die EU Staaten und Banken rette, um darauf Mütter mit ihren Kindern sterben zu lassen. Innenminister Alfano beanstandete, dass sich die EU noch immer nicht um die Rettung von in Not geratenen Migranten bemühe und sich nun zumindest um die Aufnahme der überlebenden Asylsuchenden kümmern müsse, falls diese nicht in Italien bleiben wollten. Italien könne nicht ein Gefängnis für politische Flüchtlinge sein. NZZ, 14. Mai 2014, S. 5

Die Toten vor Europas Toren

Eine Gruppe von Journalisten hat untersucht, wie viele Migranten seit 2000 auf dem Weg nach Europa umgekommen sind. Es sind deutlich mehr als bisher angenommen. Erst wenn ein grosses Unglück passiert, richtet sich die Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit auf die Not der Migranten. So wie im Februar dieses Jahres, als mindestens 15 Personen ertranken. Sie wollten schwimmend die spanische Enklave Ceuta in Marokko erreichen. Oder im Oktober 2013, als 360 Personen vor der Küste der italienischen Insel Lampedusa ertranken.

Die Untersuchung förderte erschütternde Zahlen zutage: Seit Anfang des Jahrhunderts sind über 23 000 Personen auf dem Weg nach Europa gestorben oder als vermisst gemeldet worden. Die Anzahl Todesfälle von Migranten auf dem Weg nach Europa ist damit viel höher als bisher angenommen. Frühere Schätzungen gingen von 17 000 bis 19 000 Opfern seit den frühen neunziger Jahren aus. Bei allen Angaben dürfte die wahre Anzahl, einschliesslich aller nicht dokumentierten Fälle, noch einiges höher liegen.

Für das Projekt unter dem Titel «The Migrants’ Files» stützte sich die Arbeitsgruppe unter anderem auf Daten der Nonprofitorganisation United for Intercultural Action sowie auf das Projekt «Fortress Europe» des italienischen Journalisten Gabriele Del Grande, der die Anzahl Toter und Vermisster unter den Migranten auf dem Weg nach Europa protokolliert hat. Del Grandes Projekt prägte den Ausdruck



«Festung Europa», der heutzutage vielerorts als Synonym für die Asylpolitik der EU verwendet wird.

Zur Überprüfung der Informationen nutzten die Journalisten öffentlich zugängliche Quellen – also beispielsweise Medienbeiträge oder Regierungsdokumente –, um die Vorfälle zu verifizieren. Das geprüfte Material wurde schliesslich in einer einzigen Datenbank aufgeführt. NZZ, 2. April 2014, S. 7

EU steigt aufs militärische Gaspedal

Am 19./20. Dezember 2013 fand ein EU-Gipfel mit dem Schwerpunkt Rüstung statt. Denn die EU-Granden machen sich Sorgen, da „ihre Verteidigungshaushalte begrenzt sind, was die Möglichkeit einschränkt, militärische Fähigkeiten zu entwickeln, zu verlegen und im Einsatz zu halten.“ Zur Erläuterung, was die EU-Staatschefs unter „begrenzten“ Militärausgaben verstehen: Diese betragen „mehr als die Rüstungsbudgets von Russland, China und Japan zusammengekommen“. Die EU-Militärausgaben sind im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts laufend angestiegen, seit 2010 aber unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise etwas gesunken. Das lässt bei den EU-Eliten die Alarmglocken läuten. In der Krise wollen sie zwar überall sparen, aber doch bitte nicht bei Rüstung und Militär. Immerhin hat die EU mit Vertrag von Lissabon allen EU-Staaten den unverrückbaren Verfassungsauftrag gegeben, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“ (Artikel 42, Abs. 3, Vertrag über die Europäische Union), für mehr Infos zum Thema, Artikel "EU steigt aufs militärische Gaspedal" unter http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=985&Itemid=40

Die Entwicklungsfeindlichkeit der Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP Staaten

Angesichts des Stillstandes der WTO-Doha Runde wächst die Anzahl der bilateralen Freihandelsabkommen stetig. In diesem Kontext sind auch die Economic Partnership Agreements (EPAs) zu sehen, Freihandelsabkommen, die seit 2002 zwischen der EU und 7 AKP (Afrika, Karibik, Pazifik) Regionen ausgehandelt werden, in denen die EU gerade diejenigen Themen durchsetzt, die aufgrund des Widerstandes der

Quellen der Kurzinfos

Die Kurzinfos stellen freie Bearbeitungen der Quellentexte dar und brauchen deren Stossrichtung nicht wiederzugeben. Werden Sätze vollständig verwendet, wird dies nicht eigens vermerkt. Weitere Kurzinfos auf dem Internet. **NZZ:** Neue Zürcher Zeitung, Zürich, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich

Werkstatt-Rundbrief, Werkstatt Frieden & Solidarität, Waltherstr. 15, 4020 Linz, Tel. 0732/771094, Fax 0732/797391, www.werkstatt.or.at

Umwelt aktuell (früher DNR-EU-Rundschreiben) Hrg: DNR-EU-Koordinationsstelle; Bezugsadresse: oekonom verlag, Berlin (gritsch@oekom.de)

sogenannten Entwicklungsländer überhaupt erst zum Scheitern der Doha Runde führten. Die EPAs müssen weiters im Licht der geopolitischen und auf Wirtschaftswachstum ausgerichteten Strategien der EU, also Lissabon/Europe 2020 und der komplementären Außenhandelsstrategie Global Europe, gesehen werden, wodurch Brüssel die europäische Wettbewerbsfähigkeit und EU Standortvorteile zu verbessern versucht. Um dies zu erreichen, gehen die Bestimmungen der EPAs teils weit über den Rahmen der WTO-Konformität hinaus, und inkludieren die sogenannten Singapur, oder WTO-Plus, Themen. Mehr zum Thema unter "Die Entwicklungsfeindlichkeit der Freihandelsabkommen zwischen der EU und den AKP Staaten", http://www.werkstatt.or.at/index.php?option=com_content&task=view&id=1074&Itemid=86

Demokratie und Sozialabbauer mit SP-Präsidium

Die Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs) wird künftig von zwei Co-Präsidenten geleitet: Die Generalversammlung wählte Mitte Mai 2014 in Bern den Zürcher SP-Nationalrat Martin Naef und den bisherigen Nebs-Vizepräsidenten François Cherix an die Spitze der Organisation. Das Vizepräsidium besteht neu aus vier Mitgliedern: Nationalrätin Aline Trede (gps., Bern), Jacques Ducry, Sebastian von Graffenried und Sabrina Hofer. Damit haben SP und Grüne die Spitze jener übernommen, die mittels EU-Beitritt Demokratie- Sozial- und Umweltabbau betreiben wollen. NZZ, 12. Mai 2014, S. 9

Fast unisono für die Neutralität

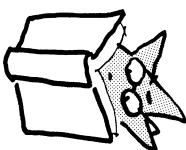
Seit ein paar Jahren stellen die Umfragen fest, dass die Schweizerinnen und Schweizer Unabhängigkeit, Neutralität und autonome Landesverteidigung stärker wertschätzen. Die frische Studie «Sicherheit 2014» macht einen neuen Rekordwert für die Zustimmung zur Neutralität aus. Nicht weniger als 96 Prozent der Befragten geben an, die Schweiz solle ihre Neutralität beibehalten. Schattierungen zeigen sich allerdings, wenn nach den unterschiedlichen Funktionen der Neutralität gefragt wird: Zustimmung finden vor allem die Vorstellungen, dass eine neutrale Schweiz in internationalen Konflikten schlachten und vermitteln kann (Solidaritätsfunktion) und dass die Neutralität untrennbar mit dem Schweizer Staatsgedanken verbunden ist (Identitätsfunktion). Die Sicherheitsfunktion hat etwas weniger Anhänger. Nur 58 Prozent finden es wichtig, dass die Neutralität eine «bewaffnete» ist.

Anders als die Beliebtheit der Neutralität hat sich diejenige der EU entwickelt. Im Jahr 1999 konnte sich noch eine Mehrheit der Umfrageteilnehmer dafür erwärmen, der EU eventuell ohne Vorbehalte beizutreten. 2014 liegt der entsprechende Wert bei 17 Prozent, wie in den beiden Vorjahren. Deutlich besser kommt die Uno weg. Zwar befürworten die Schweizer die verschiedenen Formen der internationalen Kooperation im Rahmen der Uno etwas weniger stark als letztes Jahr. Aber immer noch 63 Prozent (-2) finden, die Schweiz solle sich aktiv und an vorderster Front für die Anliegen der Vereinten Nationen einsetzen. 59 Prozent (-4) wollen, dass die Schweiz einen Sitz im Sicherheitsrat anstrebt. NZZ, 31. Mai 2014, S. 16.

Forum pour la démocratie directe

social, écologique et critique à l'égard de l'Union Européenne

EUROPA-MAGAZIN



für dezentrale politische Strukturen in Europa
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE
für aktive Menschenrechts- und Minderheitenpolitik
gegen die Schaffung einer europäischen Grossmacht
für das Europa der Demokratien, gegen das Europa der Nationen
FÜR UMWELTSCHUTZ
FÜR EINE GLOBALE AUSGEWogene ENTWICKLUNG
GEGEN DIE NEOLIBERALE DAMPFWAHLZE

FÜR KOOPERATION STATT ZENTRALISATION

- Schicken Sie mir das EUROPA-MAGAZIN zur Ansicht
- Ich möchte beim Forum (bei Gelegenheit) mitpolitizieren.
- Ich möchte das EUROPA-MAGAZIN abonnieren (2 x jährlich - 30 Franken)
- Ich möchte Mitglied des Forums werden und zahle den Mitgliederbeitrag von Fr. 50.- (30.- für wenig verdienende) (Inklusive Abonnement EUROPA-MAGAZIN).

Name:

Vorname:

Strasse:

Ort:

Einsenden an: Forum für direkte Demokratie, Luternauweg 8, CH-3006 Bern (Telefon (0041-31-7312914; Fax: 0041-31-7312913; PC: 30-17465-5) Wenn Sie das EUROPA-MAGAZIN abonnieren oder Mitglied des Forums werden wollen, verwenden Sie am besten gleich den beiliegenden Einzahlungsschein. Die Einsendung dieses Talons erübrigt sich.

Impressum

Redaktionsadresse:

Herausgeber:
Forum für direkte Demokratie
EU-kritisch, ökologisch, sozial

Redaktion:

Paul Ruppen (pr)

Lektorat:

Gérard Devanthéry, Maro Schnyder,
Christian Jungen, Serena Seyfert
Logos und Büchersterne: Josef Loretan
Entwicklung und Konzeption der Website:
Chris Zumbrunn Ventures, CH-2610 Mont-Soleil

Redaktionsadresse:

EUROPA-MAGAZIN, Luternauweg 8,
3006 Bern, Tel 0041-31-7312914
Fax: 0041-31-7312913
<http://www.europa-magazin.ch>
E-Mail: forum@europa-magazin.ch

Druck: S&Z Print AG, 3902 Brig-Glis

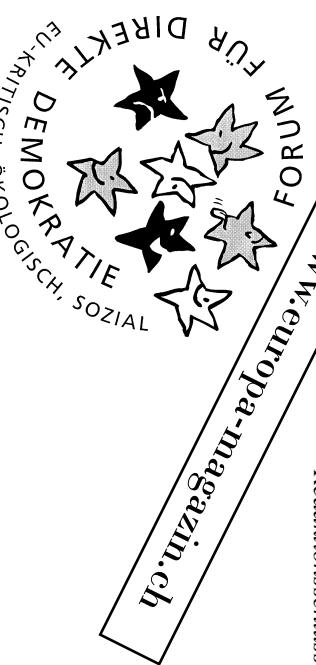
Auflage: 2 000

Erscheinungsweise: 2 mal jährlich

Jahrgang 22, Nr. 60, Juni 2014

Abonnement: Fr. 30.-, Euro 30.-

Redaktionsschluss: 30. Oktober 2014



CH 3900 Brig
3006 Bern
Luternauweg 8
Europa-Magazin
Reaktion und